



**Deutsche
Steuerberater
Versicherung**

Pensionskasse des steuer-
beratenden Berufs VVaG

Geschäftsbericht 2024

Jahresabschluss und Lagebericht

Vorwort

Liebe Mitglieder und Versicherte, liebe Leser,

das Jahr 2024 war geprägt von geopolitischen Spannungen, politischen Unsicherheiten und restriktiver Geldpolitik. Das globale Wirtschaftswachstum lag bei 3,2 %, Deutschland blieb mit -0,2 % eines der Schlusslichter der Eurozone, die um 0,8 % wuchs. Die US-Wirtschaft wuchs um 2,7 %, China um 5,0 %. Die Inflation sank, was Zinssenkungen der EZB und Fed ermöglichte. Aktienmärkte erreichten Rekorde, während Anleiherenditen schwankten.

Im Jahr 2024 haben wir die strategische Anlage-Allokation (SAA) angepasst. Zum einen wird der Anleihe-Direktbestand sehr eng auf die liquiditätsseitigen Anforderungen aus den versicherungstechnischen Verpflichtungen ausgerichtet. Zum anderen soll im indirekten Bestand (Spezialfonds) verstärkt in risikoreichere Anlageklassen mit höherem laufendem Ertrag wie z.B. Infrastructure Debt und Private Debt investiert werden. Zur Umsetzung der SAA wurden im Geschäftsjahr Wertpapiere im Direktbestand und Anteile am Spezialfonds veräußert und die Erlöse in passende Laufzeitbänder im Direktbestand zu höheren Renditen reinvestiert.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde ein Fehlbetrag von 9,4 Mio. € erwirtschaftet. Dieser wurde durch Entnahmen aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ausgeglichen. Hierdurch ist die Mindestkapitalanforderung nicht mehr gedeckt. Ursächlich für den Fehlbetrag sind die Verluste aus den erwähnten Veräußerungen, die geringen laufenden Erträge und der Mangel an wesentlichen stillen Reserven. Das Versicherungsgeschäft hat dagegen wiederholt positiv zum Jahresergebnis beigetragen.

Die im Vorjahr digitalisierten Betriebsabläufe wurden im Geschäftsjahr weiter optimiert, die IT-Sicherheit verbessert und die Anbindung an die Onlineplattform für die Digitale Rentenübersicht umgesetzt. Durch den Umzug der Geschäftsstelle in deutlich kleinere Büroräume in Köln im März 2025 werden Kosten gespart und der Zugang zu Fachkräften in der Versicherungsbranche grundsätzlich verbessert. Parallel zur Umsetzung der vorgenannten Projekte wurden im Geschäftsjahr die Anforderungen des Digital Operational Resilience Act (DORA) umgesetzt.

Für das Jahr 2025 erwarten wir erneut ein schwieriges Umfeld und volatile Kapitalmärkte. Die Risikotragfähigkeit ist nicht gegeben. Aufgrund der vorgenommenen Umschichtungen in der Kapitalanlage erwarten wir für 2025 höhere laufende Erträge und ein ausgeglichenes Ergebnis. Sollten allerdings außerplanmäßige Abschreibungen im wesentlichen Umfang notwendig werden, ist eine weitere Sanierung wahrscheinlich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christoph Zimmermann
Vorstand

Arnd Münker
Vorstand



Dr. Christoph
Zimmermann
Vorstand



Arnd Münker
Vorstand

WICHTIGE KENNZAHLEN AUF EINEN BLICK

Kennzahl (in TsdEuro)	2024	2023	2022	2021	2020
Bestand (Anzahl versicherte Personen*)					
Anwärter	3.302	3.573	3.835	4.141	4.418
Rentner	3.582	3.475	3.356	3.216	3.078
Gesamtbestand	6.884	7.048	7.191	7.357	7.496
Beitragseinnahmen	7.224	8.507	10.096	11.804	14.128
Zahlungen für Versicherungsfälle	53.407	49.231	51.163	48.763	48.747
Deckungsrückstellung (Brutto)	922.046	952.289	977.270	1.003.939	1.019.810
Kapitalanlagen	923.284	964.888	994.139	1.012.667	1.026.804
Kapitalerträge	20.565	16.528	25.400	29.698	30.426
Nettoverzinsung (in %)	0,94	1,43	2,30	2,70	2,75
Laufende Durchschnittsverzinsung (in %)	1,77	1,47	1,44	2,32	2,26
Überschuss / Fehlbetrag (-)**	-9.443	-3.952	4.112	3.887	4.282
Aufsichtsrechtliche Eigenmittel	2.494	20.893	25.826	15.737	10.572
Bilanzsumme	941.845	982.154	1.011.643	1.032.646	1.048.724

*Ohne Hinterbliebene **Vor Veränderung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Inhalt

1	Lagebericht	6
1.1	Über uns	6
1.2	Geschäftsverlauf	7
1.3	Überschussverwendung	18
1.4	Prognosebericht	18
1.5	Risikobericht	18
1.6	Chancenbericht	21
1.7	Ausblick	22
2	Jahresabschluss	24
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2024	24
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024	26
3	Anhang	27
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2024	29
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024	37
3.3	Weitere Angaben	39
4	Anlage zum Lagebericht	42
5	Anlage zum Anhang	45
6	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	48
7	Bericht des Aufsichtsrates	52
8	Organe	54
9	Verantwortlicher Aktuar, Treuhänder	55

1 LAGEBERICHT

1.1 Über uns

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Sie befindet sich seit 1. Januar 2022 in Abwicklung. Es werden alle bestehenden Versicherungsverhältnisse bis zum planmäßigen Vertragsende erfüllt. Der Abschluss von Neugeschäft ist der Pensionskasse aufsichtsrechtlich dauerhaft untersagt.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist eine Pensionskasse im Sinne des § 232 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Ihre Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 171 VAG. Die Versorgungseinrichtung verwaltet Produkte zur Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung in Form von Renten- und Kapitalleistungen. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises gelten für sie die besonderen Bestimmungen des § 210 VAG. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn. Es ist geplant, in 2025 den Sitz nach Köln zu verlegen.

Ordentliche Mitglieder sind:

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (Berufsangehörige), die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründet haben oder ein bei der Kasse für sie bestehendes Versicherungsverhältnis selbst fortsetzen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (berufsständische Arbeitgeber), wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abgeschlossen haben oder als Arbeitgeber eine bei der Kasse bestehende Versicherung fortsetzen.

Außerordentliche Mitglieder sind:

- Personen, die nicht zum Kreis der Berufsangehörigen gehören,
 - wenn sie bei einem berufsständischen Arbeitgeber in dem obigen Sinne beschäftigt sind oder waren und für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründet haben oder wenn sie ein bei der Kasse für sie bestehendes Versicherungsverhältnis selbst fortsetzen,
- Arbeitgeber, die nicht zum Kreis der berufsständischen Arbeitgeber gehören,
 - wenn sie Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Berufsangehörige abgeschlossen haben oder
 - wenn sie eine bestehende Versicherung fortsetzen,
- Personen, für die aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen ein Versicherungsverhältnis begründet worden ist oder begründet wird.

Die satzungsmäßigen Organe der Deutschen Steuerberater-Versicherung sind die Mitgliedervertretung als oberstes Organ, der Aufsichtsrat und der Vorstand. Die Mitgliedervertretung setzt sich aus den Mitgliedervertretern zusammen, die im Turnus von vier Jahren von den Mitgliedern gewählt werden. Die Regelungen für die Wahlen sind in der Satzung bestimmt. Die Mitgliedervertretung fasst ihre Beschlüsse in der Vertreterversammlung.

Da die Deutsche Steuerberater-Versicherung über kein Trägerunternehmen verfügt und nicht durch den gesetzlichen Sicherungsfonds für Lebensversicherer oder durch die Protektor Lebensversicherungs-AG abgesichert ist, musste die Deutsche Steuerberater-Versicherung im Jahr 2019 ein Sanierungskonzept mit Herabsetzung der Versicherungsleistungen nach § 16 Absatz 3 der Satzung erarbeiten. Die Vertreterversammlung hat die Herabsetzung der Leistungen am 11. Dezember 2019 beschlossen. Die Leistungsherabsetzungen wurden für die Anwartschaften rückwirkend zum 31. Dezember 2018 und für die laufenden Renten mit Wirkung zum 1. Juli 2020 umgesetzt.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hatte mit Bescheid vom 26. Februar 2020 die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb der Deutschen Steuerberater-Versicherung widerrufen. Den hiergegen eingelegten Widerspruch hatte die BaFin im Februar 2021 zurückgewiesen. Der Vorstand hat in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat gegen diesen Bescheid am 31. März 2021 beim Verwaltungsgericht Frankfurt am Main zunächst Klage erhoben. Nach späterer Rücknahme der Klage durch den Vorstand ist der Bescheid zum 31. Dezember 2021 mit der Folge der dauerhaften Untersagung des Neugeschäfts bestandskräftig geworden. Bei bestehenden Versicherungsverträgen können die vertraglich fest vereinbarten Anpassungen weiterhin vorgenommen werden.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung betreibt mit ihrer Versicherungsart ein Altersversorgungssystem und damit ein Finanzprodukt im Sinne der Offenlegungsverordnung. Nach Einschätzung der Deutschen Steuerberater-Versicherung fällt diese Versicherungsart nicht unter Artikel 8 Abs. 1 oder Artikel 9 Abs. 1, 2 oder 3 der Offenlegungsverordnung. Unter Artikel 8 Abs. 1 beziehungsweise Artikel 9 Abs. 1 bis 3 der Offenlegungsverordnung werden für die Finanzprodukte vorvertragliche Informationen hinsichtlich ökologischer oder sozialer Merkmale sowie über nachhaltige Investitionen verlangt. Deshalb ist für das Altersversorgungssystem der Deutschen Steuerberater-Versicherung als Einrichtung der betrieblichen Altersversorgung gemäß Artikel 7 der Taxonomie-Verordnung folgende formell erforderliche Erklärung abzugeben: „Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.“

Versicherungsfremde Geschäfte wurden nicht getätigt.

1.2 Geschäftsverlauf

1.2.1 Rahmenbedingungen

Geopolitische Spannungen wie der Konflikt im Nahen Osten, politische Unsicherheit angesichts Neuwahlen und Regierungswechseln in zahlreichen Ländern sowie eine im ersten Halbjahr des Jahres immer noch restriktive Geldpolitik vieler Notenbanken prägten 2024 das globale Konjunkturbild. Vor diesem Hintergrund lag das Wachstum der Weltwirtschaft nach einer weiteren Abkühlung mit +3,2% leicht unter seinem Durchschnitt seit der Jahrtausendwende.

In Deutschland ist die Wirtschaft 2024 mit einem Minus von 0,2% bereits das zweite Jahr in Folge geschrumpft. Dabei ging die Bruttowertschöpfung sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Baugewerbe deutlich zurück, während sie im Dienstleistungsbereich leicht zulegen konnte. Als Belastungsfaktoren erwiesen sich insbesondere anhaltend hohe Energiekosten, erhöhte Zinsen sowie die unsicheren wirtschaftlichen und politischen Aussichten. Auf der Verwendungsseite konnten die

Zunahmen bei privatem und öffentlichem Konsum das kräftige Minus bei den Bruttoanlageinvestitionen nicht vollständig kompensieren. Auf den Auslandsmärkten nahm der Gegenwind zu. Deutschland gehörte damit 2024 – wie schon 2023 – konjunkturseitig zu den Schlusslichtern der Eurozone, deren Wirtschaftsleistung insgesamt um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr zunahm.

Dem erhöhten Zinsniveau und allen Rezessionssorgen zum Trotz konnte sich die US-Wirtschaft auch 2024 gut behaupten und wuchs im Vorjahresvergleich um 2,7 %. Gestützt wurde das Wachstum vom staatlichen Konsum und den Investitionen, während der Außenhandel sich angesichts eines starken Import-Wachstums als Belastung erwies. Insbesondere machte jedoch der private Konsum seinem Titel als wichtigster Wachstumstreiber der US-Wirtschaft erneut alle Ehre, wobei er von steigender Kaufkraft dank eines kräftigen Lohnwachstums in Verbindung mit stabiler Inflation und einem robusten Arbeitsmarkt profitierte. Die Arbeitslosenquote stieg zwar im Jahresverlauf leicht von 3,8 % auf 4,1 % an, bewegt sich damit im historischen Vergleich aber immer noch auf niedrigem Niveau.

Das Wirtschaftswachstum in China hat sich 2024 von 5,2 % auf 5,0 % gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert. Vor dem Hintergrund anhaltender Verwerfungen im Immobiliensektor, der hohen Verschuldung der Lokalregierungen, der eingeschränkten Konsumlaune privater Haushalte sowie ausschließlich staatlich getriebener Investitionen sorgte letztlich dessen zusätzlicher Stimulus für ein starkes viertes Quartal, so dass das offizielle Wachstumsziel von 5 % gerade noch erreicht wurde.

Das Wachstum in Lateinamerika hat sich im vergangenen Jahr leicht von 1,9 % auf 2,2 % beschleunigt. Als Unterstützung erwies sich, dass viele Notenbanken in der Region bereits 2023 begonnen hatten, ihre im Zuge des Post-Covid-Inflationsschocks stark gestiegenen Leitzinsen wieder zu senken. Dennoch blieb das Wachstum damit erneut hinter dem Durchschnitt seit der Jahrtausendwende zurück.

Reales Bruttoinlandsprodukt

In % gegenüber Vorjahr	2024	2023*
Deutschland	-0,2	-0,3
Euroraum	+0,8	+0,4
USA	+2,7	+2,9
China	+5,0	+5,2

* Quelle: Bloomberg; vorläufige Werte, Stand 17. Januar 2025

Der globale Inflationsdruck hat im vergangenen Jahr weiter nachgelassen, ohne dass die Teuerungs-raten jedoch wieder auf ihre Vor-Covid-Niveaus zurückgegangen sind. In der Eurozone lag die Inflations-rate Mitte vergangenen Jahres noch bei 2,5 %. Der starke Rückgang um rund acht Prozentpunkte vom Hoch im Jahr 2022 gab der EZB jedoch genügend Zuversicht, angesichts einer schwachen konjunktur-dynamik in der Eurozone ab Juni einen Zinssenkungszyklus einzuleiten und in der Folge den Einlagensatz bis zum Jahresende von 4,0 % auf 3,0 % zu senken. Nachdem der Preisdruck in den USA im ersten Quartal 2024 zunächst noch einmal zugenommen hatte, pendelte sich die Inflation hier zwischen 2,5 % und 3 % ein. Vor diesem Hintergrund blieb die Fed im Vergleich vorsichtiger und begann erst im September mit Zinssenkungen, wobei auch sie den Leitzins bis zum Jahresende um einen vollen Prozentpunkt auf 4,5 % reduzierte.

Die Aussicht auf Zinssenkungen der Notenbanken, das stabile konjunkturelle Umfeld in den USA und eine positive Gewinnentwicklung haben die Aktienmärkte 2024 zu immer neuen Rekorden getrieben. Der US-amerikanische S&P 500 beendete das Jahr mit einem Plus von 23,3 % (alle Wertentwicklungen in USD gerechnet) und damit bereits das zweite Jahr in Folge mit einem Zuwachs von mehr als 20 %.

Wie schon im Vorjahr profitierte der US-Aktienmarkt dabei von der weit überdurchschnittlichen Performance der großen Tech-Unternehmen, nicht zuletzt im Angesicht der Euphorie rund um das Thema „Künstliche Intelligenz“, wohingegen die zwischenzeitliche „Trump-Rallye“ nach den US-Präsidentenwahlen Anfang November nur von kurzer Dauer war. Aktien aus den globalen Industrieländern (MSCI World: +17,0%), aus Asien (MSCI Asia ex Japan: +9,8%) und China (MSCI China: +16,3%) blieben dahinter zurück. Der Euro Stoxx beendete das Jahr in USD gerechnet sogar mit einem kleinen Minus von 0,3%, während der DAX erstmals seit seinem Bestehen über die Marke von 20.000 Punkten stieg.

Die Rendite 10-jähriger US-Treasuries fiel von ihrem Hoch bei 5% im Herbst 2023 mit dem Ausblick auf nahende Zinssenkungen der Fed bis September 2024 auf 3,62%. In der Folge trieben aber Sorgen bezüglich der hohen US-Verschuldung, einer potenziell inflationären (Zoll-)Politik des künftigen US-Präsidenten sowie damit einhergehende Zweifel an weiteren Zinssenkungen der Fed die Rendite bis zum Jahresende wieder auf 4,57% (2024: +0,69 Pp.). Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen stieg im Jahresverlauf 2024 per Saldo von 2,02% auf 2,37%.

Der Ölpreis für die Sorte Brent erreichte mit der zunehmenden Eskalation des Konflikts im Nahen Osten im April sein Jahreshoch bei 91 USD je Barrel, lag jedoch zum Jahresende mit 74 USD auf das Gesamtjahr gesehen 3,1% im Minus. Nachdem der Euro bis August auf 1,12 USD zugelegt hatte, sorgte der kräftige Zinsanstieg in den USA im Herbst für eine deutliche Abwärtsbewegung Richtung Parität. Schlussendlich notierte der EUR bei 1,04 USD und damit um 6,2% unter seinem Jahreseinstandskurs.

Für das Geschäftsjahr 2024 wurden ausschließlich finanzielle Steuerungsgrößen bzw. finanziell bedeutsame Leistungsindikatoren festgelegt. Diese betrafen unter anderem das versicherungstechnische Risikoergebnis und die Nettoverzinsung auf Kapitalanlagen. Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren für die Geschäftstätigkeit der Pensionskasse gemäß § 289c Abs. 3 Nr. 5 HGB liegen derzeit nicht vor.

1.2.2 Versicherungsbestand

Der Versicherungsbestand umfasst zum 31. Dezember 2024 in den Rentenversicherungen und in den übrigen Versicherungen (Risikolebensversicherungen ggf. mit Berufsunfähigkeitszusatzversicherung) insgesamt 3.302 Anwärter (im Vorjahr 3.573) und 3.582 Rentenbezieher (im Vorjahr 3.475) sowie 639 Hinterbliebenenrenten (im Vorjahr 626).

Entwicklung des Bestands (Anzahl versicherte Personen ohne Hinterbliebene)

	2024	2023	2022
Bestand zu Beginn des Geschäftsjahres	7.048	7.191	7.357
Zugänge	7	6	6
Abgänge	171	149	172
davon Kapitalabfindungen	89	55	73
davon Todesfälle	67	78	84
davon sonstige Abgänge	15	16	15
Bestand am Ende des Geschäftsjahres	6.884	7.048	7.191

Der Neuzugang durch neu versicherte Personen im Jahr 2024 ergab sich aus neuen Versicherungsverhältnissen, die jeweils im Rahmen eines Versorgungsausgleichs aufgrund einer internen Teilung für die ausgleichsberechtigte Person zu begründen waren.

Die folgende Tabelle zeigt die Altersstruktur der versicherten Personen.

Anzahl versicherte Personen nach Altersklassen

Alter	Anwärter Anzahl	Rentner Anzahl	Gesamt Anzahl	Gesamt %
> 90		68	68	1,0%
80–89		657	657	9,5%
70–79		1.803	1.803	26,2%
60–69	1.123	1.044	2.167	31,5%
50–59	1.227	10	1.237	18,0%
40–49	761	0	761	11,1%
30–39	180	0	180	2,6%
0–29	11	0	11	0,2%
Gesamt	3.302	3.582	6.884	100,0%

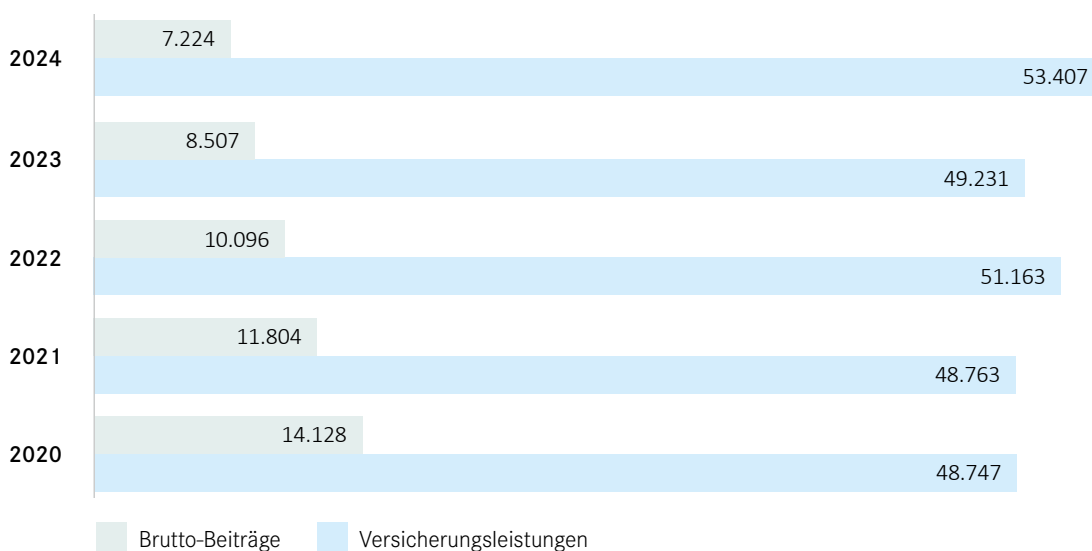
Die laufenden Beiträge gingen gegenüber dem Vorjahr weiter zurück. Aufgrund der Einstellung des Neugeschäfts lag die Entwicklung insgesamt im Rahmen der Erwartungen.

Die gebuchten Bruttobeiträge verminderten sich auf 7.224.442,18 €, d.h. um 15,1 % (im Vorjahr um 15,7%). Zu dem Rückgang der Bruttobeiträge hat erwartungsgemäß das Ende der Beitragszahlung bei den planmäßigen Abläufen von Versicherungen und den Rentenübergängen beigetragen. Außerdem wirkte sich ein weiterer Rückgang der flexiblen Einmalbeiträge aus.

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 53.407.478,15 € betragen (im Vorjahr 49.231.135,67 €). Die gestiegenen Zahlungen ergaben sich durch einen weiteren Zugang an Altersrenten und gestiegenen Kapitalabfindungen.

Die erforderliche Liquidität für die Leistungszahlungen war jederzeit gegeben.

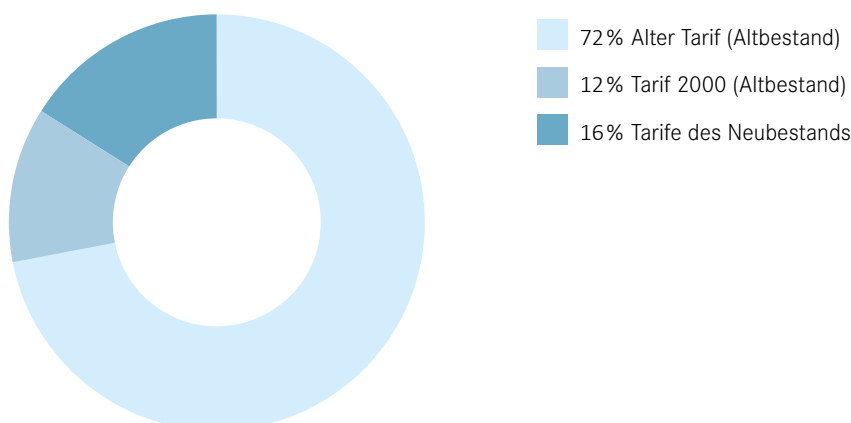
Entwicklung der Brutto-Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle in TsdEuro



1.2.3 Deckungsrückstellung

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen werden versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Dabei werden die versicherten Leistungen – einschließlich der zur Leistungserhöhung verwendeten Überschussanteile – durch die Deckungsrückstellung erfasst. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung ist die Deckungsrückstellung planmäßig verstärkt.

Aufteilung der Brutto-Deckungsrückstellung zum 31.12.2024 nach Tarifen



Im Rahmen des Sanierungskonzepts wurde für die Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 für den Neuzugang geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) der jährliche Rechnungszins von ursprünglich 3,5% ab dem Beginn des Geschäftsjahres 2019 für den Zeitraum der nächsten 20 Jahre auf 2,25% abgesenkt. In der Deckungsrückstellung zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres 2024 besteht die Absenkung des Rechnungszinses auf 2,25% für den Zeitraum der nächsten 14 Jahre.

Ebenfalls im Rahmen des Sanierungskonzepts wurde für die Versicherungen nach dem Tarif 2000 der jährliche Rechnungszins von ursprünglich 4,0% ab dem Beginn des Geschäftsjahres 2019 für den Zeitraum der nächsten 20 Jahre auf 2,25% abgesenkt. In der Deckungsrückstellung zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres 2024 besteht die Absenkung des Rechnungszinses auf 2,25% für den Zeitraum der nächsten 14 Jahre.

Alle anderen Versicherungen bzw. Tarife bilden den Neubestand, für den die Deckungsrückstellungsverordnung gilt. Die Deckungsrückstellungsverordnung schreibt für das Geschäftsjahr vor, dass bei der Berechnung der Deckungsrückstellung höchstens ein Referenzzins von 1,57% für die nächsten 15 Jahre zugrunde zu legen ist (im Vorjahr 1,57%). Entsprechend wurde im Geschäftsjahr für die Versicherungen des Neubestands mit einem höheren tariflichen Rechnungszins von 3,25%, 2,75%, 2,25% und 1,75% der niedrigere Referenzzins von 1,57% angesetzt. Der sich hieraus ergebende zusätzliche Reservierungsbetrag ist innerhalb der Deckungsrückstellung als Zinszusatzreserve enthalten.

Das versicherungstechnische Risikoergebnis zeigt sich im Wesentlichen in der erfolgswirksamen Auflösung der Deckungsrückstellung und lag im Geschäftsjahr 2024 im Rahmen der Erwartungen.

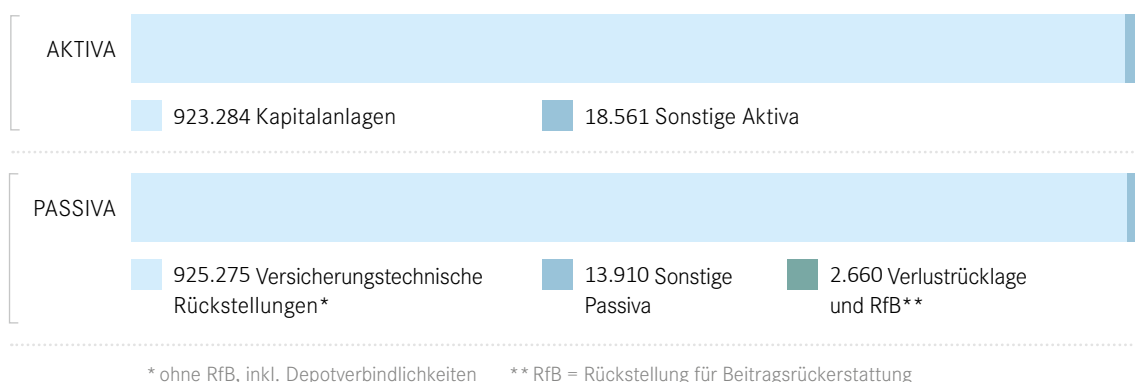
Entwicklung der Deckungsrückstellung im Geschäftsjahr 2024 in Mio. EUR

Rechnungsgemäße Aufzinsung	20,7	
Erhöhung aufgrund erhaltener Beiträge	7,4	
Verstärkung für Biometrierisiken	0,2	
Verbrauch für Leistungen und Kosten	-55,0	
Erfolgswirksame Auflösung	-3,5	
Gesamt	-30,2	

1.2.4 Vermögenslage

Das Netto-Vermögen der Deutschen Steuerberater-Versicherung ergibt sich im Wesentlichen aus den Kapitalanlagen abzüglich der versicherungstechnischen Rückstellungen und Depotverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft. Die Verlustrücklage und die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung sind aufsichtsrechtlich als Eigenmittel anrechenbar und können gemäß Satzung zum Ausgleich eines Fehlbetrags herangezogen werden. Dies war 2024 der Fall (siehe 1.2.7).

Zusammensetzung der bilanziellen Aktiva und Passiva zum 31.12.2024 in TsdEuro



1.2.5 Kapitalanlagen

a) Kapitalanlagenbestand

Die im Jahr 2024 durchgeführte ALM-Analyse hat eine Anpassung der strategischen Anlage-Allokation (SAA) ergeben. Der Anleihe-Direktbestand, der mittel- bis langfristig in festverzinslichen Kapitalanlagen von erstklassiger und guter Bonität angelegt ist, wird sehr eng auf die liquiditätsseitigen Anforderungen aus den versicherungstechnischen Verpflichtungen ausgerichtet. Hierfür wird der Anteil der Anleihe-Direktanlagen am Gesamtvermögensbestand zu Lasten des indirekten Bestands (Spezialfonds) erhöht. Die Deutsche Steuerberater-Versicherung hat ab dem Geschäftsjahr 2020 eine strategische Anlage-Allokation mit einer breiteren Diversifikation sowie einem höheren Risikoprofil und einem besseren Renditepotenzial umgesetzt. Dieser Ansatz wird auch zukünftig kontinuierlich weiterverfolgt. Im indirekten Bestand (Spezialfonds) wird verstärkt in risikoreichere Anlageklassen mit höherem laufendem Ertrag wie z.B. Infrastructure Debt und Private Debt investiert. Assetklassen wie z.B. Aktien, Beteiligungen und Immobilien werden in diesem Maße reduziert.

Im Einklang mit der angepassten Kapitalanlagestrategie und zur Reduzierung von Liquiditätsrisiken wurden im Geschäftsjahr Wertpapiere im Direktbestand und Anteile am Spezialfonds veräußert und die Erlöse in passende Laufzeitbänder im Direktbestand reinvestiert. Den hierbei entstandenen Veräußerungsverlusten stehen höhere laufende Renditen in der Wiederanlage gegenüber. Des Weiteren wurden die beiden einzigen im Direktbestand befindlichen Immobilien insgesamt mit Gewinn veräußert und der Erlös ebenfalls in Wertpapiere im Direktbestand reinvestiert.

Der Buchwert der Kapitalanlagen ist im Berichtsjahr um 41.603.883,44 € oder 4,3 % auf 923.284.382,56 € gesunken. Der Zeitwert der Kapitalanlagen beträgt zum Bilanzstichtag insgesamt 851.098.604,80 €. Der Bestand an Kapitalanlagen sinkt regelmäßig jedes Geschäftsjahr, weil aufgrund des Anteils der Rentner am Versicherungsbestand und ausgeübter Kapitalwahlrechte die Versicherungsleistungen die Summe der Kapitalerträge und Beitragseinnahmen übersteigen. Ein geringer Teil des Buchwertrückgangs ist durch die beschriebenen realisierten Verluste begründet.

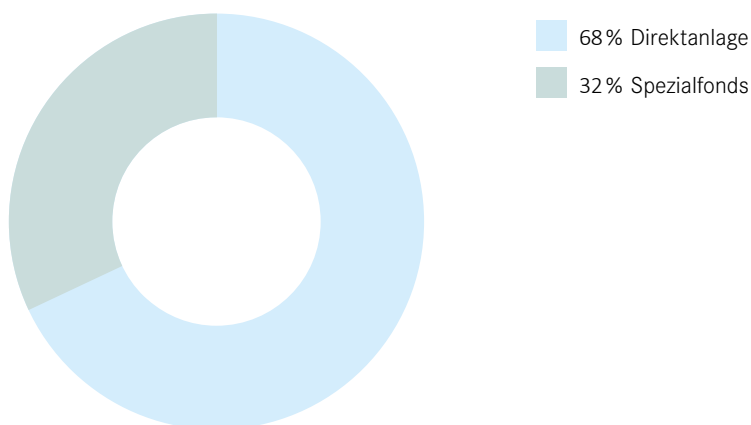
Für die gesamten Kapitalanlagen, einschließlich der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen, ergibt sich ein Saldo von 72.185.777,76 € (inkl. Agien) an stillen Lasten nach Saldierung mit den stillen Reserven (im Vorjahr insgesamt stille Lasten von 106.063.940,31 €); dies entspricht 7,8 % des Bilanzwertes der Kapitalanlagen (im Vorjahr 11,0 %). Die Reduzierung der stillen Lasten ist im Wesentlichen durch den Zinsrückgang, die positive Performance der Aktien, die Stärkung des US-Dollars und die beschriebenen Veräußerungsverluste begründet.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die Bedeckung des Sollwertes durch das Sicherungsvermögen ist nach den Bilanzwerten gegeben. Nach Zeitwerten besteht eine unbedenkliche Unterwertigkeit des Sicherungsvermögens, die im Wesentlichen auf das im Jahr 2022 gestiegene Zinsniveau zurückzuführen ist.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2024 wurde die Kapitalanlagenverwaltung auf die Ampega Investment GmbH (Ampega) als Fiduciary Manager übertragen, die eine ganzheitliche Strukturierung, Steuerung und Überwachung des Kapitalanlagenbestands sicherstellt sowie die Investmentauswahl vornimmt. Die Ampega Investment GmbH ist der Asset Manager eines großen deutschen Versicherungskonzerns, der Talanx-Gruppe.

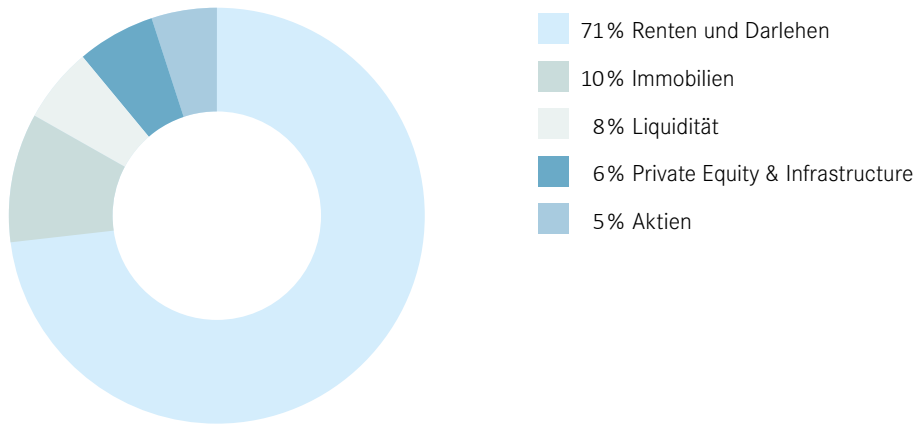
Im Einklang mit der angepassten Kapitalanlagestrategie wurde im Geschäftsjahr der Anteil des Spezialfonds am Gesamtbestand nach Marktwerten von 39 % auf 32 % reduziert.

Direkte versus indirekte Anlage in Prozent der Marktwerte



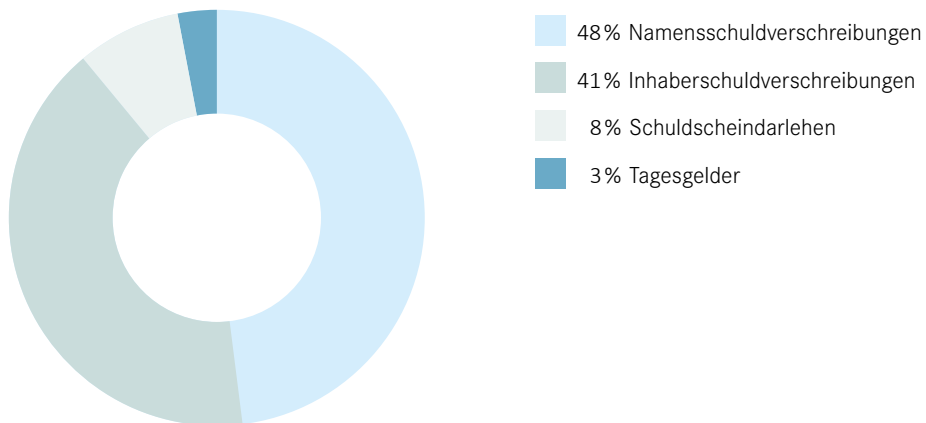
Die folgende Graphik zeigt die Aufteilung des Gesamtbestands der Kapitalanlagen nach Anlageklassen (mit Durchschau bei dem Spezialfonds).

Gesamtbestand nach Anlageklassen in Prozent der Marktwerte



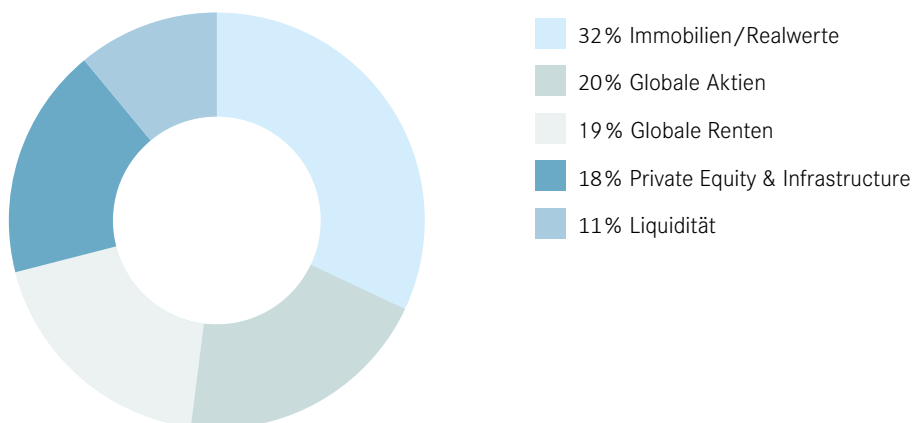
Der **Direktbestand**, d.h. der Bestand an direkt und nicht über den Spezialfonds gehaltenen Wertpapieren, ist in festverzinslichen Kapitalanlagen mit mittel- bis langfristigen Laufzeiten von erstklassiger und guter Bonität investiert. Das Durchschnittsrating beträgt „Single A“.

Direktbestand nach Anlageklassen in Prozent der Marktwerte



Investments gemäß Strategischer Asset Allokation außerhalb des Anleiheuniversums erfolgen ausschließlich über den **Spezialfonds** DS - FIDES 2024.

Spezialfonds nach Anlageklassen in Prozent der Marktwerte



b) Nachhaltige Kapitalanlage

Der Fiduciary Manager Ampega hat die „UN Principles for Responsible Investments (UN PRI)“ unterzeichnet und setzt sich für Nachhaltigkeitsaspekte in der Kapitalanlage ein. Es ist geplant, mit dem neuen Fiduciary Manager über die Möglichkeiten der konkreten Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken und -chancen bei Investitionsentscheidungen im Rahmen eines integrierten ESG-Ansatzes zu sprechen.

Mit Blick auf die Größe und Struktur des Portfolios der Deutschen Steuerberater-Versicherung berücksichtigt der Fiduciary Manager grundsätzlich ökologische und soziale Kriterien sowie Leitlinien für eine gute Unternehmensführung. Er berücksichtigt des Weiteren bei Investitionsentscheidungen nachteilige Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren, wie z.B. die Belastung einer Kapitalanlage aus Herstellern von kontroversen Waffen, und überprüft bei der Bewertung und Auswahl von Zielfonds, ob die Asset Manager der Zielfonds aktuell keinen UN Global Compact Verstoß aufweisen, die PRI unterzeichnet haben und ein aktives ESG-Engagement betreiben. Bei der Abwägung der Umsetzung nachhaltiger Ziele gegenüber Renditeanforderungen wird der Wirtschaftlichkeit einer Anlage auf Grundlage der Art, Dauer und Struktur der versicherten Leistungen Vorrang gewährt.

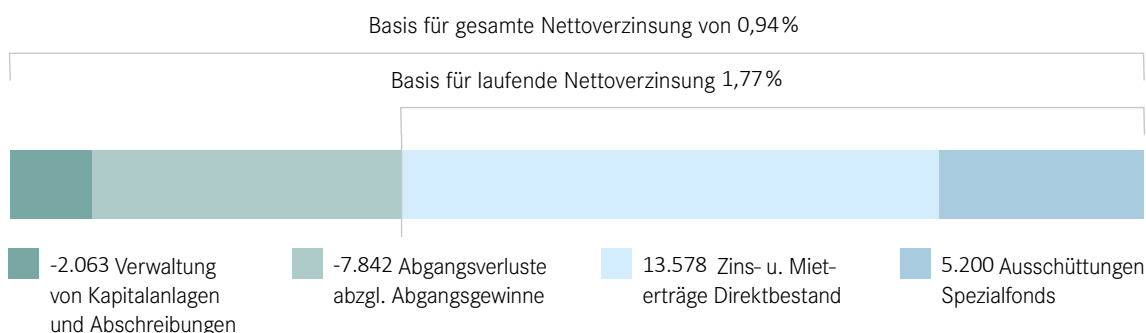
c) Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 20.565.059,75 € gegenüber 16.527.743,79 € im Vorjahr. Die Nettoverzinsung als wesentliche Steuerungsgröße reduzierte sich allerdings deutlich auf 0,94 % (im Vorjahr 1,43 %). Es war eine Nettoverzinsung nicht wesentlich über dem Vorjahresniveau erwartet worden. Zu der Nettoverzinsung haben Abgangsverluste in Höhe von 9.629.077,79 € und Abgangsgewinne aus dem Verkauf von Immobilien in Höhe von 1.786.662,64 € (im Vorjahr Abgangsverluste aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 357.301,04 €) beigetragen (per Saldo Abgangsverluste in Höhe von 7.842.415,15 €). Im Geschäftsjahr bestand mangels stiller Reserven keine Möglichkeit, Gewinne durch den Verkauf von Wertpapieren zu realisieren. Außerplanmäßige Abschreibungen zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken waren nicht erforderlich. Zuschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Ohne Berücksichtigung der Abgangsverluste und -gewinne errechnet sich für das Jahr 2024 eine laufende Durchschnittsverzinsung von 1,77 % (im Vorjahr 1,47 %). Die Entwicklung der laufenden Verzinsung liegt im Rahmen der Erwartungen.

Die direkten und indirekten Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 2.062.908,78 € (im Vorjahr 2.144.905,55 €). Damit beträgt das Nettoergebnis 8.873.073,18 € (im Vorjahr 14.025.537,20 €). Der Rückgang um 5.152.464,02 € gegenüber dem Vorjahr erklärt sich im Wesentlichen durch die deutlich höheren Abgangsverluste, teilweise kompensiert durch höhere laufende Erträge und höhere Abgangsgewinne.

Zusammensetzung der laufenden und gesamten Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen in TsdEuro; Nettoverzinsung in %



1.2.6 Versicherungsbetrieb

a) Modernisierung der IT und Betriebsabläufe

Im Geschäftsjahr wurden die im Vorjahr digitalisierten Betriebsabläufe weiter optimiert und automatisiert. Des Weiteren wurde das IT-Sicherheitskonzept weiterentwickelt und erfolgreich ein SIEM (Security Information & Event Management) - System implementiert. Zur Umsetzung des Gesetzes zur Entwicklung und Einführung einer Digitalen Rentenübersicht erfolgte pünktlich zum Jahresende die Anbindung der Deutschen Steuerberater-Versicherung an die Zentrale Stelle für die Digitale Rentenübersicht (ZfDR).

Im Geschäftsjahr wurde u.a. die Immobilie in Bonn veräußert, in der sich viele Jahre die Geschäftsstelle der Deutschen Steuerberater-Versicherung befand. Die entsprechenden Veräußerungsgewinne haben positiv auf die Finanzlage der Kasse gewirkt. Die Suche nach neuen Räumlichkeiten endete mit einer Anmietung von Büroräumen in Köln, in welche die Geschäftsstelle im März 2025 umgezogen ist. Durch den Umzug in deutlich kleinere Büroräume werden zum einen Kosten gespart. Zum anderen verbessert der Ortswechsel an den Versicherungsstandort Köln grundsätzlich den Zugang zu Fachkräften in der Versicherungsbranche (Stichwort Fachkräftemangel).

Parallel zur Umsetzung der vorgenannten Projekte wurden im Geschäftsjahr die Anforderungen des Digital Operational Resilience Act (DORA) umgesetzt.

b) Verwaltungsaufwendungen

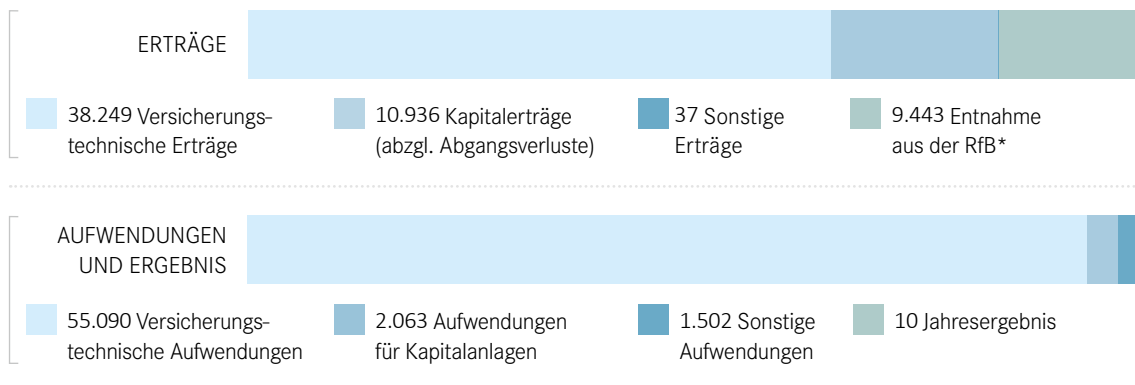
Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb verringerten sich auf 1.640.091,67€ (im Vorjahr 1.840.978,63€). Aufgrund der Einstellung des Neugeschäfts fallen keine Abschlussaufwendungen mehr an. Die Brutto-Aufwendungen betreffen daher nur die Verwaltungsaufwendungen.

Der Rückgang der Verwaltungsaufwendungen resultiert überwiegend aus dem Rückgang von Projektaufwand. Dieser Rückgang entsprach den Erwartungen.

1.2.7 Jahresergebnis

Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr ein Fehlbetrag von 9.443.442,73€ (im Vorjahr Fehlbetrag von 3.952.061,24€). Zum Ausgleich des Fehlbetrags wurden gem. § 16 Abs. 4 der Satzung i.V.m. § 140 Absatz 1 Satz 2 VAG 9.443.442,73€ der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen (im Vorjahr Entnahme in Höhe von 3.752.061,24€).

Zusammensetzung von Erträgen, Aufwendungen und Ergebnis des Geschäftsjahres in TsdEuro



* RfB = Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr wurde ein Fehlbetrag von 9,4 Mio. € erwirtschaftet. Dieser wurde durch Entnahmen aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ausgeglichen. Ursächlich für den Fehlbetrag sind Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen, die geringen laufenden Erträge und der Mangel an wesentlichen stillen Reserven. Das Versicherungsgeschäft hat dagegen wiederholt positiv zum Jahresergebnis beigetragen.

Für das Geschäftsjahr 2024 war eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen nicht wesentlich über dem Vorjahresniveau und ein Risikoergebnis auf Vorjahresniveau erwartet worden. Ein erneuter Fehlbetrag wurde damit für wahrscheinlich gehalten. Aufgrund der ursprünglich nicht geplanten Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen liegt die tatsächliche Nettoverzinsung (0,94 %) deutlich unter Vorjahresniveau (1,43 %). Die erfolgswirksame Auflösung der Deckungsrückstellung lag mit 3,5 Mio. € etwas unter dem Vorjahr (4,4 Mio. €).

1.2.8 Solvabilität

Die vorhandenen Eigenmittel wurden bei der Sanierung im Geschäftsjahr 2018 durch die satzungsmäßigen Maßnahmen zur Fehlbetragsdeckung verbraucht. Aus diesem Grund verfügt die Deutsche Steuerberater-Versicherung aktuell nicht mehr über die nach § 234g VAG erforderlichen Eigenmittel in Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung. Von den seit Sanierung wieder aufgebauten Eigenmitteln wurden im Geschäftsjahr durch die Entnahme aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wieder Eigenmittel verbraucht.

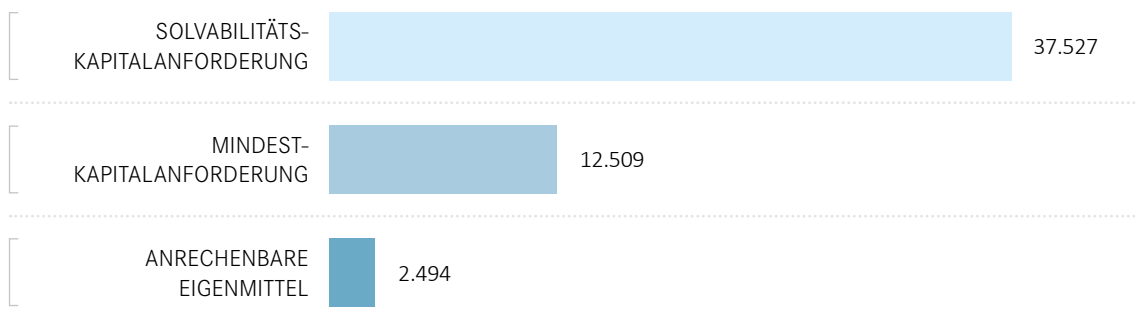
Die Solvabilitätskapitalanforderung beträgt 37.526.571,00 € zum 31. Dezember 2024 (38.733.273,00 € zum 31. Dezember 2023). Die anrechenbaren Eigenmittel für die Solvabilität belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 2.493.977,60 € (im Vorjahr 20.893.365,33 €). Das vorhandene eingezahlte Nachrangkapital wird dabei erstmals nicht mehr in die Eigenmittel einbezogen.

Die Solvabilitätskapitalanforderung wird durch die Eigenmittel nicht bedeckt. Die Eigenmittel belaufen sich auf 6,6 % der Solvabilitätskapitalanforderung (im Vorjahr 53,9 %).

Die Mindestkapitalanforderung in Höhe von 12.508.857,00 € wird durch die Eigenmittel ebenfalls nicht bedeckt. Die Eigenmittel betragen 19,9 % der Mindestkapitalanforderung (im Vorjahr 161,8 %).

Der Rückgang der Eigenmittel ist auf den Jahresfehlbetrag und den Entfall der teilweisen Anrechnung des Nachrangkapitals zurückzuführen.

Gegenüberstellung der Solvabilitätskapitalanforderung und der anrechenbaren Eigenmittel zum 31.12.2024 in TsdEuro



1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr waren der Rückstellung für Beitragsrückerstattung keine Beträge zur Überschussverwendung zu entnehmen.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung beläuft sich zum 31. Dezember 2024 auf 60.114,60 € (im Vorjahr 9.503.557,33 €).

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt. Nach dem Vorschlag ist keine Überschussbeteiligung vorgesehen.

1.4 Prognosebericht

Die voraussichtliche Entwicklung wird von dem Erfolg der Kapitalanlagestrategie abhängen. Auch wenn im Geschäftsjahr 2024 durch Umstrukturierung der Kapitalanlagen die laufende Verzinsung gesteigert werden konnte, wird das langjährige Niedrigzinsumfeld lange über sein Ende hinaus noch auf die Ertragskraft des Direktbestands nachwirken, da in der Vergangenheit Neuinvestitionen in Zinstitel auf einem niedrigeren Zinsniveau getätigt werden mussten und aufgrund der Abwicklungssituation keine zusätzliche Liquidität aus dem Versicherungsgeschäft für eine Neuanlage entsteht. Mit der Kapitalanlagestrategie sollen mindestens der Rechnungszins und ggf. die Zinszusatzreservierung im Neubestand regelmäßig erwirtschaftet werden. Hierüber hinausgehende Anlageerfolge können grundsätzlich zu entsprechenden Verstärkungen der Eigenmittel führen.

Zum Bilanzstichtag wird die Mindestkapitalanforderung nicht bedeckt. Es sind nur sehr geringe anrechenbare Eigenmittel vorhanden. Wesentliche stille Reserven der Kapitalanlagen sind aufgrund der Zinsentwicklung und erfolgten Realisierungen nicht mehr vorhanden. Die Entwicklung der stillen Reserven ist abhängig von der Zinsentwicklung und dem Anlageerfolg.

Im Jahr 2025 wird mit einer weiter hohen Volatilität der Kapitalmärkte gerechnet. Diese Marktvolatilität erhöht grundsätzlich auch das Risiko der Deutschen Steuerberater-Versicherung, ihren angestrebten Kapitalanlageerfolg, insbesondere in den neuen Kapitalanlagekategorien, für das Geschäftsjahr 2025 zu verfehlen. Eine Vorhersage des Kapitalanlageergebnisses 2025 ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt äußerst schwierig. Für das Jahr 2025 wird mit einer Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von ca. 2,2 % geplant, unter der Voraussetzung, dass keine wesentlichen außerplanmäßigen Abschreibungen notwendig werden.

1.5 Risikobericht

Für die künftige Entwicklung sind insbesondere Risiken im Bereich Kapitalanlage und der Versicherungstechnik von Bedeutung. Weitere Risiken bestehen im operativen Bereich.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung begegnet diesen Risiken mit einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und einem angemessenen Risikomanagement.

1.5.1 Geschäftsorganisation

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung verfügt gemäß § 23 VAG über eine Geschäftsorganisation, die wirksam und ordnungsgemäß ist und die der Art, dem Umfang und der Komplexität ihrer Tätigkeiten angemessen ist. Die Geschäftsorganisation ist in einem umfassenden Organisationshandbuch dokumentiert, das regel- und planmäßig aktualisiert wird.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung verfügt nach § 26 VAG über ein wirksames Risikomanagementsystem, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse des Unternehmens integriert ist. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagements ist eine auf die Steuerung des Unternehmens abgestimmte Risikostrategie, die Art, Umfang und Komplexität des betriebenen Geschäfts und der mit ihm verbundenen Risiken berücksichtigt. Dieses umfasst auch versicherungsmathematische Analysen zum Risikoverlauf und zu den Rechnungsgrundlagen.

Zur Unterstützung des Risikomanagements im Bereich Kapitalanlagen werden externe Dienstleistungen im Rahmen der Ausgliederungen genutzt (vgl. hierzu 1.2.5). Es werden regelmäßig Studien zum Asset-Liability-Management (ALM-Studien) erstellt, die zur strategischen Ausrichtung der Kapitalanlagen genutzt werden.

Darüber hinaus verfügt die Deutsche Steuerberater-Versicherung über ein wirksames internes Kontrollsystem und eine wirksame interne Revision. Für die Funktionen Interne Revision, Informationssicherheitsbeauftragter und Datenschutzbeauftragter bestehen Funktionsausgliederungsverträge.

1.5.2 Kapitalanlagerisiken

Kapitalanlagerisiken umfassen insbesondere Markt- und Kreditrisiken sowie Liquiditäts- und Konzentrationsrisiken. In begrenztem Maße werden mittelbar Währungskursrisiken im Rahmen von Investitionen in Investmentfonds eingegangen.

Die Messung, Kontrolle und Steuerung von Marktrisiken basieren auf ALM-Studien, Stresstests, Prognoserechnungen sowie regelmäßigen Portfolio- und Performance-Analysen. Im laufenden Prozess wird der tatsächlich eingetretenen Kapitalmarktentwicklung durch Transaktions- oder Halteentscheidungen Rechnung getragen. Kreditrisiken werden durch Anlagerestriktionen entlang von Ratingklassen in den speziellen Anlagerichtlinien für die Direktanlage und den Investment Guidelines des Investmentfonds gesteuert. Zudem werden Ausfallrisiken durch eine breite Streuung der Emittenten begrenzt. Dem Liquiditäts- und Konzentrationsrisiko wird durch ausreichende Fungibilität und Diversifikation der Anlage und eine Liquiditätsplanung Rechnung getragen. Generell finden die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Liquidität, Mischung, Streuung und Kongruenz Anwendung.

Nachhaltigkeitsrisiken sind derzeit kein Bestandteil des Risikomanagements. Nachhaltigkeitsrisiken und -chancen, die sowohl finanzieller als auch nicht-finanzieller Art sein können, sollen in absehbarer Zukunft in den Investitionsentscheidungsprozess einbezogen werden. Es ist geplant, mit dem neuen Fiduciary Manager Ampega über die Möglichkeiten der konkreten Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken und -chancen bei Investitionsentscheidungen im Rahmen eines integrierten ESG-Ansatzes zu sprechen.

Zinsänderungsrisiken wirken sich in zweierlei Hinsicht aus. Sinkende Zinsen haben einen negativen Einfluss auf den Wiederanlagezins und beeinträchtigen damit die laufende Ertragskraft des Anlageportfolios. Gleichzeitig steigen dadurch die Marktpreise der vorhandenen festverzinslichen Anlagen und es entstehen stille Reserven. Bei steigenden Zinsen zeigt sich der umgekehrte Effekt, d.h. der Wiederanlagezins steigt und im Gegenzug sinken die stillen Reserven bzw. es entstehen stille Lasten. Damit reduzieren sich auch die Möglichkeiten, durch Realisation vorhandener stiller Reserven Erträge zu generieren oder durch den Verkauf von Zinstiteln zusätzliche Liquidität zu schaffen, ohne Verluste zu realisieren. Die Kapitalanlagen enthalten auch Wertpapiere, die dem Schuldner Kündigungsrechte einräumen, was bei schwankenden Zinsen zu einer Prognoseunsicherheit für die Liquiditätsplanung führt.

Risiken der künftigen Entwicklung liegen in sinkenden Marktwerten der Kapitalanlagen aufgrund erhöhter Risikoaufschläge und geringerem Wirtschaftswachstum.

Die laufende Überwachung der Kapitalanlage erfolgt mittels eines monatlichen und quartalsweisen Reportings. Die Berichte beinhalten u.a. Angaben zur Performance der Anlageklassen, zu Markt- und Buchwerten und der Auslastung des definierten Risikobudgets sowie ein qualitatives Monitoring der Asset Manager.

Bilanziellen Risiken aufgrund von Kapitalmarktschwankungen wird durch die Bewertung der Kapitalanlagen wie Anlagevermögen bzw. durch die Bewertung zum Nennwert oder fortgeführten Anschaffungswert Rechnung getragen.

Vor der Investition in neuartige Assetklassen erfolgt eine umfassende Überprüfung der Auswirkungen des Einsatzes des Instruments auf die beteiligten Bereiche. Schwerpunkt der Prüfung bildet die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen und internen Anforderungen sowie die Sicherstellung der Abbildung der neuartigen Instrumente in den Risikomanagement-, Buchhaltungs- und Berichtssystemen.

1.5.3 Versicherungstechnische Risiken

Die bestehenden Versicherungsverträge wurden auf der Grundlage klarer Zeichnungs- und Annahmerichtlinien sowie einzelvertraglicher Risikoprüfungen gezeichnet, durch welche versicherungstechnische Risiken über die gesamte Laufzeit der Verträge reduziert werden.

Im Bestand stellen Änderungen der Bedingungen zu den tariflichen Rechnungsgrundlagen, insbesondere der Anstieg der Lebenserwartung und Veränderungen des Zinsumfeldes, Risiken dar. Die Deutsche Steuerberater-Versicherung analysiert die Risiken durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungsgrundlagen. So wurde zur Berücksichtigung der steigenden Lebenserwartung schon in den vergangenen Jahren die Deckungsrückstellung in den betroffenen Tarifen weiter verstärkt. Dies betraf insbesondere den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“).

Aus der Verwendung eines Rechnungszinses bei der Tarifikalkulation ergibt sich das Zinsrisiko. Bei der Tarifikalkulation wurde jeweils angenommen, dass durch die Kapitalanlagen eine Verzinsung erwirtschaftet werden kann, die den verwendeten Rechnungszins übertrifft. Dabei war jeweils eine zum Zeitpunkt der Tarifikalkulation als ausreichend anzusehende Sicherheitsspanne nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften zu berücksichtigen. Nach der Tarifikalkulation reicht eine Verzinsung in Höhe des Rechnungszinses zusammen mit den Beiträgen aus, um bei einem rechnermäßigen Verlauf der biometrischen Risiken die versicherten Leistungen zu finanzieren. Hieraus ergibt sich der Zusammenhang mit den Kapitalanlage-Risiken und dabei insbesondere mit dem Marktrisiko.

Zur Minderung von Zinsrisiken wurde in den vergangenen Jahren die Zinszusatzreserve gemäß Deckungsrückstellungsverordnung für die Tarife im Neubestand gebildet. Aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus sind derzeit nur noch geringe weitere Erhöhungen der Zinszusatzreserve in den nächsten Jahren zu erwarten, die zu finanzieren sind. In den Tarifen des Altbestandes wird den künftigen Zinsrisiken durch regelmäßige Überprüfungen der auf 2,25% abgesenkten Rechnungszinssätze begegnet.

Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft haben nahezu keine Bedeutung. Im Kündigungsfall bzw. im Leistungsfall können rückständige Beiträge verrechnet werden.

Es besteht ein Rückversicherungsvertrag, welcher den Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für Berufsunfähigkeitsfälle und Todesfälle rückdeckt. Gegenüber dem Rückversicherer bestehen keine Forderungen; im Übrigen kann aufgrund des Ratings von einer guten Bonität des Rückversicherers ausgegangen werden.

1.5.4 Operationelle Risiken

Den operationellen Risiken wie z.B. IT-Risiken inkl. Cyber-Risiken, rechtliche Risiken, Prozess- und Personalrisiken begegnet die Deutsche Steuerberater-Versicherung insbesondere durch eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation des Geschäftsbetriebes und durch eine Notfallplanung. In die Organisation ist ein internes Kontrollsystem integriert. Durch die Notfallplanung wird die Widerstandsfähigkeit von Bereichen und Prozessen erhöht, um in möglichen Krisensituationen die Verfügbarkeit wesentlicher Daten und Funktionen sowie die Fortführung der Geschäftstätigkeit durch im Vorfeld definierte Verfahren sicherzustellen.

1.5.5 Risikolage

Die aktuelle Risikolage der Deutschen Steuerberater-Versicherung ist bestimmt durch die Unterschreitung der Solvabilitätskapitalanforderung aufgrund der durchgeführten Sanierungsmaßnahmen. Die Mindestkapitalanforderung (MCR) wurde im Geschäftsjahr im Wesentlichen aufgrund der Realisierung von Bewertungsverlusten vor allem von Anleihepositionen im Zuge der Verbesserung der aktiv-passivseitigen Laufzeitenstruktur unterschritten. Auch weiterhin wird die Deutsche Steuerberater-Versicherung die Solvabilitätskapitalanforderung und die Mindestkapitalanforderungen mangels ausreichender expliziter Eigenmittel nicht erfüllen. Die Risikotragfähigkeit ist daher stark eingeschränkt. Als Risikokapital verbleiben die begrenzten Eigenmittel und die notwendigen Sicherheitsmargen in den Tarifen. Es bestehen stille Lasten in bedeutendem Umfang. Sollten die vorhandenen Eigenmittel zur Deckung eines möglichen künftigen Fehlbetrages nicht ausreichen, wäre als Maßnahme eine weitere satzungsmäßige Sanierung notwendig. Die weitere Entwicklung der Pensionskasse hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte und den Möglichkeiten ab, Kapitalerträge zu erwirtschaften.

1.6 Chancenbericht

Die im Rahmen des Sanierungskonzepts beschlossene Kapitalanlagestrategie wurde im Rahmen der Aktualisierung der ALM-Analyse im Jahr 2024 adjustiert. Durch einen verstärkten Fokus des aktivseitigen Cash-Flows auf die versicherungstechnischen Verbindlichkeiten wurde und wird die Liquiditätssituation deutlich verbessert. Gleichzeitig erfolgt in der angepassten Strategischen Asset Allokation des Spezialfonds eine Höhergewichtung der Assetklassen Infrastructure Debt und Private Debt mit erhöhten laufenden Erträgen zu Lasten der Allokation in Immobilien.

Durch Umschichtungen im Anleihedirektbestand wurde der laufende Ertrag aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus in Form von höheren Kupons genutzt und durch die stärkere Angleichung des aktiv- und passivseitigen Cash-Flows das Zinsänderungsrisiko weiter reduziert. Im Falle deutlich sinkender Zinsen könnten entstehende stille Reserven in wesentlichem Umfang entstehen, die für Gewinnrealisierungen zur Verbesserung der Ertragslage auf kurze Sicht genutzt werden könnten. Diese Gewinnrealisierungen auf niedrigerem Zinsniveau würden aber die künftige Ertragskraft nicht verbessern.

Die Anpassung der Strategischen Asset Allokation führt zu einer Stärkung der laufenden Erträge. Ein weiterer Anstieg des risikolosen Zinses und eine damit einhergehende Adjustierung von Risikoprämien über alle Assetklassen hat Potential für eine weitere langfristige Verbesserung der Ertragslage.

1.7 Ausblick

1.7.1 Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft hat sich 2024 in einem Umfeld restriktiver Geldpolitik, Wahlen und Regierungswechseln in zahlreichen Ländern sowie anhaltender geopolitischer Konflikte weiter leicht abgekühlt. Wir gehen davon aus, dass sich diese Tendenz auch 2025 fortsetzen wird. Insbesondere dürfte es die in vielen Ländern hartnäckige (Kern-)Inflation den Notenbanken erschweren, ihre über die letzten Jahre kräftig erhöhten Leitzinsen wieder auf ähnlich niedrige, die Konjunktur stützende Niveaus wie vor der Covid-Pandemie zu senken. In den Emerging Markets dürfte das Wachstum dabei im Jahresverlauf stabil bleiben, während wir für die entwickelten Volkswirtschaften insgesamt mit einer weiteren Moderierung rechnen.

Für die Eurozone rechnen wir mit einer leichten Beschleunigung des BIP-Wachstums dank einer verbesserten Kaufkraft im Zuge gestiegener Löhne bei zugleich stabiler Inflation. Unterstützend – insbesondere mit Blick auf die Investitionen – dürften auch weitere Zinssenkungen der EZB im Jahresverlauf wirken, während sich der Außenhandel angesichts potenzieller Handelsstreitigkeiten mit den USA voraussichtlich als Belastung erweisen wird. Vor diesem Hintergrund dürfte auch die Konjunktur in Deutschland wieder etwas anziehen, jedoch kaum über Stagnation hinauskommen, da sich hier neben der trüben Stimmung von Haushalten und Unternehmen sowie der hohen politischen Unsicherheit insbesondere die erhöhten Energiepreise, die voraussichtlich nicht wieder auf ihre Niveaus vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs zurückfallen werden, als Hemmschuh erweisen.

In den USA hingegen dürften Steuersenkungen, De-Regulierung sowie der Schutzeffekt höherer Zölle für die heimische Industrie unter dem neuen US-Präsidenten, Donald Trump, dafür sorgen, dass die Wirtschaft 2025 erneut deutlich stärker wächst als diejenige in der Eurozone. Während wir negative gesamtwirtschaftliche Wachstumseffekte aus der protektionistischen Handelspolitik erst mit Verzögerung ab 2026 erwarten, dürften Vorzieheffekte sowie die expansivere Fiskalpolitik dazu beitragen, dass die Inflation in den USA sich weiterhin über dem Inflationsziel der Fed in Höhe von 2 % bewegen wird. Infolgedessen ist der Spielraum für weitere Zinssenkungen geringer als derjenige der EZB. Vor diesem Hintergrund dürfte das hohe Wachstumstempo der vergangenen Jahre nicht ganz zu halten sein.

Wesentliches Abwärtsrisiko für den globalen Konjunkturausblick sind die zukünftige Handelspolitik der USA und die damit einhergehenden Gegenmaßnahmen und Umlenkungseffekte im internationalen Güteraustausch. Potenzielle Risiken lauern angesichts der schwer zu berechnenden US-Politik auch mit Blick auf diverse geopolitische Spannungsfelder (u.a. Grönland, Israel, Ukraine, China/Taiwan). Gleichzeitig bergen diese Konflikte auch erhebliche Aufwärtspotenziale, sollten hier nachhaltige Lösungen gefunden werden. Hinzu kommen jedoch (potenziell) instabilere Regierungskonstellationen in vielen Ländern (u.a. Frankreich, Deutschland). Ein weiteres Abwärtsrisiko besteht darin, dass eine wieder stärker aufflammende Inflation die Notenbanken dazu bewegen könnte, ihre Zinssenkungszyklen zu beenden und im Jahresverlauf 2025 bereits wieder höhere Leitzinsen in Betracht zu ziehen. Nicht nur in den USA wird sich in diesem Jahr voraussichtlich die Frage nach der Tragfähigkeit der in den vergangenen Jahren erheblich gewachsenen Verschuldung stellen, wobei in Europa mögliche, zusätzliche fiskalische Unterstützung in Reaktion auf die US-Politik ein Aufwärtsrisiko für unseren Wachstumsausblick mit sich bringen würde. Hinzu kommen abschließend diverse strukturelle Risiken wie der Klimawandel, die Stabilität der chinesischen Volkswirtschaft und die demographische Entwicklung.

1.7.2 Kapitalmärkte

Das Zusammenspiel zwischen schwacher Konjunktur und einer Inflationsrate, die sich zumindest nicht mehr weit über dem EZB-Ziel in Höhe von 2 % bewegt, dürfte die EZB dazu veranlassen, ihren im Juni 2024 begonnen Zinssenkungszyklus fortzusetzen und den Einlagensatz in diesem Jahr weiter von 3,00 % auf 1,75 % zu senken. Die Spielräume der Fed sind hingegen sowohl mit Blick auf die robuste Konjunktur als auch auf die hartnäckigere Inflation deutlich eingeschränkter, so dass wir lediglich mit einer leichten weiteren Senkung des Leitzinses von 4,50 % auf 4,00 % rechnen.

Sorgen bezüglich der inflationären Wirkung der zukünftigen US-Handelspolitik sowie einer expansiveren Fiskalpolitik und damit einhergehender, stärkerer Emissionstätigkeit am Rentenmarkt hat die 10-jährige United States Treasury-Rendite bereits seit dem Herbst deutlich Richtung 5 % steigen lassen. Wir gehen davon aus, dass diese sich auch im Jahresverlauf im Bereich von 5,00 % ($\pm 0,5$ Prozentpunkte) bewegen wird, während wir die deutsche Bundrendite bei 2,50 % ($\pm 0,5$ Prozentpunkte) erwarten. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch für Aktien nur ein begrenztes Kurspotenzial. Da wir jedoch nicht mit einer schweren Rezession rechnen, sollten Aktien- und Unternehmensanleihenkurse von größeren Rückschlägen verschont bleiben, sofern sich geopolitische Risiken nicht materialisieren.

Trotz des gestiegenen Zinsniveaus wirkt die Niedrigzinsphase aufgrund des geringen Wiederanlagevolumens im vorhandenen Direktbestand noch viele Jahre nach, auch wenn in 2024 durch Umschichtungen in den und im Direktbestand die laufende Verzinsung gesteigert werden konnte. Aus dem Versicherungsgeschäft sind aufgrund der Abwicklungssituation keine Mittelzuflüsse zur Neuanlage zu erwarten. Auch die Entwicklung des Geschäftsjahres 2025 wird daher im Wesentlichen vom Erfolg der Kapitalanlagestrategie abhängen. Für das Jahr 2025 wird mit einer Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von ca. 2,2 % (ohne Abschreibungsbedarf) geplant und ein Risikoergebnis auf Vorjahresniveau bei sinkenden Verwaltungskosten und somit insgesamt ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet. Bei wesentlichem Abschreibungsbedarf kann ein Fehlbetrag entstehen.

Bonn, den 22. April 2025

Der Vorstand

Dr. Christoph Zimmermann

Arnd Münker

2 JAHRESABSCHLUSS

2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2024 Euro	2023 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				166.136,90	141.701,50
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			0,00		5.594.666,30
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		280.327.957,16			352.599.250,87
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		250.012.274,26			171.843.075,24
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	318.200.000,00				351.800.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	54.954.132,19	373.154.132,19			59.951.273,59
4. Einlagen bei Kreditinstituten		19.790.018,95	923.284.382,56		23.100.000,00
				923.284.382,56	964.888.266,00
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			66.614,79		70.897,14
II. Sonstige Forderungen			15.535,95		11.474,73
				82.150,74	82.371,87
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			62.049,25		124.775,04
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.486.018,75		1.981.698,91
III. Andere Vermögensgegenstände			9.236.612,60		9.127.908,05
				10.784.680,60	11.234.382,00
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			7.527.867,47		5.801.919,20
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			0,00		5.605,26
				7.527.867,47	5.807.524,46
Summe der Aktiva				941.845.218,27	982.154.245,83

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Absatz 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.



Bonn, den 22. April 2025

Meinhard Otto, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2024 Euro	2023 Euro
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			2.600.000,00	2.600.000,00
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			11.362.812,43	9.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		1.027.481,75		1.210.572,34
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	922.046.263,00			952.289.012,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	29.922.224,70	892.124.038,30		34.035.690,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	4.377.008,36			5.233.936,76
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2.176.246,33	2.200.762,03		2.316.789,63
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		60.114,60		9.503.557,33
			895.412.396,68	931.884.598,80
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.012.179,00		992.485,00
II. Sonstige Rückstellungen		560.809,61		179.336,86
			1.572.988,61	1.171.821,86
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			29.922.224,70	34.035.690,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern		665.443,17		876.803,82
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		87.913,77		252.118,77
III. Sonstige Verbindlichkeiten		221.438,91		2.331.342,58
davon:				
aus Steuern	30.729,06 Euro			
(im Vorjahr 29.252,04 Euro)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit	1.001,42 Euro			
(im Vorjahr 865,09 Euro)				
			974.795,85	3.460.265,17
G. Rechnungsabgrenzungsposten			0,00	1.870,00
Summe der Passiva			941.845.218,27	982.154.245,83

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Absatz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 234 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit § 233 Absatz 5 Satz 2, VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 04. 04. 2025 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 22. April 2025

Mark Walddörfer, Verantwortlicher Aktuar

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	Euro	Euro	2024 Euro	2023 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	7.224.442,18			8.507.229,01
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-4.712.345,12	11.936.787,30		-4.264.768,10
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		183.090,59	12.119.877,89	209.819,49
2. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	396.601,14			572.360,11
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	18.381.795,97	18.778.397,11		15.955.383,68
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.786.662,64	20.565.059,75	0,00
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge			9.443.442,73	3.752.061,24
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	53.407.478,15			49.231.135,67
bb) Anteil der Rückversicherer	434.051,62	52.973.426,53		-28.417,17
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-856.925,40			247.309,69
bb) Anteil der Rückversicherer	-140.543,30	-716.385,10	52.257.041,43	133.763,69
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		-30.242.749,00		-24.980.610,00
bb) Anteil der Rückversicherer		-4.113.465,30	-26.129.283,70	-3.700.850,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			0,00	0,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen		0,00		0,00
b) Verwaltungsaufwendungen		1.640.091,67		1.840.978,63
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		39.375,54	1.600.716,13	517.949,90
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.942.072,06		1.974.034,55
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		120.836,72		170.871,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		9.629.077,79	11.691.986,57	357.301,04
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			1.232.441,56	1.305.569,60
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			1.475.478,38	37.477,87
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	36.696,52			1.231.283,26
2. Sonstige Aufwendungen	1.502.390,90	-1.465.694,38		1.468.761,13
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			9.784,00	-200.000,00
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			9.784,00	0,00
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			0,00	-200.000,00
6. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			0,00	200.000,00
7. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			0,00	0,00
8. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			0,00	0,00

3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die unter Aktiva A ausgewiesenen **immateriellen Vermögensgegenstände** sind nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 1 HGB). Abschreibungen erfolgen linear entsprechend den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern über drei oder fünf Jahre.

Für die unter Aktiva B ausgewiesenen **Kapitalanlagen** wurden folgende Bewertungsmethoden angewendet:

Unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesene Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen sind nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, weil sie dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341b Abs. 2 HGB).

Bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden die einschlägigen Stellungnahmen und fachlichen Hinweise des Versicherungsfachausschuss des IDW berücksichtigt. So werden zum Beispiel für die Beurteilung der Wertminderung von – direkt oder indirekt gehaltenen – öffentlich gehandelten Aktien oder Aktienfonds als dauerhaft die folgenden Aufgreifkriterien verwendet, die eine Dauerhaftigkeit der Wertminderung widerlegbar vermuten lassen: Der Börsenkurs der Aktie liegt in den dem Abschlussstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20% unter dem Buchwert oder der Durchschnittswert der täglichen Börsenkurse der Aktie liegt in den letzten zwölf Monaten um mehr als 10% unter dem Buchwert. Bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden für die Beurteilung der Wertminderung als dauerhaft beispielsweise die Entwicklung der Ratings analysiert und in Bedarfsfällen Bonitätsprüfungen der Emittenten durchgeführt. Bei einer Rating-Herabstufung um zwei oder mehr Notches oder bei einem Übergang in den Non-Investmentgrade-Bereich wird ein Abschreibungsbedarf grundsätzlich widerlegbar vermutet.

Namensschuldverschreibungen sind zum Nennwert entsprechend dem Wahlrecht des § 341c Abs. 1 HGB angesetzt. Ist der Nennwert höher als die Anschaffungskosten, wird der Unterschiedsbetrag als Disagio in den Rechnungsabgrenzungsposten unter Passiva G aufgenommen und planmäßig zeitanteilig aufgelöst. Ist der Nennwert niedriger als die Anschaffungskosten, wurde entsprechend dem Wahlrecht nach § 341c Abs. 2 Satz 2 HGB der Unterschiedsbetrag als Agio in den Rechnungsabgrenzungsposten unter Aktiva E II aufgenommen und planmäßig zeitanteilig aufgelöst. Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu den fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet. Von dem Wahlrecht nach § 341c Abs. 3 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt, welche den eingelegten Beträgen entsprechen.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie sonstige Forderungen wurden zum Nennwert bilanziert. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sind zum Nominalwert angesetzt.

Sachanlagen und Vorräte werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Die Abschreibungen auf die Sachanlagen erfolgen linear mit Nutzungsdauern, die anhand von amtlichen bzw. branchenüblichen Tabellen ermittelt werden. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 800,00 € netto werden grundsätzlich als Aufwendungen behandelt.

Andere Vermögensgegenstände werden zum Anschaffungswert bilanziert und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** für Zinsen und Mieten und für sonstige Rechnungsabgrenzungen wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Das Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, eine sich voraussichtlich insgesamt ergebende künftige Steuerentlastung – nach Saldierung mit künftigen Steuerbelastungen – als aktive **latente Steuern** in der Bilanz anzusetzen, wurde nicht ausgeübt. Wesentliche Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, bestehen bei der Bilanzposition zur Pensionsrückstellung (Passiva D I).

Die unter Passiva C ausgewiesenen **versicherungstechnischen Rückstellungen** sind nach den Vorschriften der §§ 341e, 341f und 341g HGB und der §§ 23 bis 26 und 28 RechVersV bestimmt.

Die unter Passiva D ausgewiesenen **anderen Rückstellungen** werden in Höhe des aufgrund vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden grundsätzlich künftige Preis- und Kostensteigerungen in Höhe der allgemeinen Inflationsrate berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag vorgenommen. Im Falle einer Abzinsung werden als Abzinsungssätze die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen 10 bzw. 7 Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekanntgegeben werden.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** werden mit dem Nominalwert angesetzt.

3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 01.01.2024	141.701,50 €
Zugänge	97.651,40 €
Abgänge	0,00 €
Abschreibungen	73.216,00 €
Bestand am 31.12.2024	166.136,90 €

Die planmäßigen linearen Abschreibungen erfolgten entsprechend den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern entweder über drei oder fünf Jahre.

B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist auf Seite 32 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV sind in der folgenden Übersicht angegeben:

Zeitwerte der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2024

	Bilanzwert	Zeitwert
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00 €	0,00 €
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	280.327.957,16 €	275.170.151,40 €
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	250.012.274,26 €	238.640.872,67 €
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	318.200.000,00 €	268.519.241,91 €
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	54.954.132,19 €	48.978.319,87 €
4. Einlagen bei Kreditinstituten	19.790.018,95 €	19.790.018,95 €
Summe II.	923.284.382,56 €	851.098.604,80 €
	923.284.382,56 €	851.098.604,80 €

Die Gesamtsumme der (fortgeführten) Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen entspricht dem Bilanzwert von 923.284.382,56 €. Die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes dieser Kapitalanlagen beträgt 851.098.604,80 €. Daraus ergibt sich ein Gesamtsaldo an stillen Lasten (inkl. Agien) von 72.185.777,76 €.

Weitere Erläuterungen zu den Bilanzwerten und den Zeitwerten enthalten die folgenden Angaben.

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die zwei Grundstücke waren mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB planmäßig mit Nutzungsdauern von 50 Jahren vorgenommen wurden. Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung wurden nicht vorgenommen. Ebenso erfolgten keine Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 HGB, soweit die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestanden. Beide Grundstücke wurden in 2024 veräußert.

II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 851.098.604,80 € gegenüber einem Bilanzwert von 923.284.382,56 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Fest- und Tagesgeldanlagen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind Anteile an inländischen Investmentfonds ausgewiesen:

Anteile an Investmentvermögen	280.327.957,16 €
-------------------------------	------------------

Die Investmentanteile sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; sie sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert der Investmentanteile beträgt 275.170.151,40 €. Die stillen Lasten betragen 5.157.805,76 €. Auf eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Absatz 3 Satz 6 HGB wurde wegen nicht dauerhaften Charakters (z.B. keine wesentliche Bonitätsverschlechterung) der Wertminderung verzichtet.

Bei dem Investmentfonds handelt es sich um den Spezialfonds DS - FIDES 2024. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen aus dem Investmentfonds in Höhe von 5.200.000,00 € (im Vorjahr 3.000.000,00 €).

Die Anlageziele des Investmentfonds DS - FIDES 2024 ergeben sich aus den in den Vertragsbedingungen festgelegten Anlagegrundsätzen und der Anlagepolitik. Anteile können jederzeit zurückgegeben werden. Die Rücknahme der Anteile kann ausgesetzt werden, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Öffentliche Anleihen, Anleihen von supranationalen und ähnlichen Einrichtungen	54.171.332,74 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	41.651.494,42 €
c) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	154.189.447,10 €
	250.012.274,26 €

Diese Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 238.640.872,67 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 11.897.698,49 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 526.296,90 €. Auf eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Absatz 3 Satz 6 HGB wurde wegen nicht dauerhaften Charakters der Wertminderung verzichtet.

3. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	318.200.000,00 €
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	54.954.132,19 €
	373.154.132,19 €

Die Namensschuldverschreibungen sind gemäß dem Wahlrecht des § 341c Absatz 1 HGB zum Nennwert bewertet. Die Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu den fortgeführten Anschaffungswerten angesetzt.

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 317.497.561,78 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 55.822.706,69 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 166.136,28 €. Auf eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Absatz 3 Satz 6 HGB wurde wegen nicht dauerhaften Charakters der Wertminderung (z.B. keine wesentliche Bonitätsverschlechterung) verzichtet.

4. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Termingelder in Höhe von 19.790.018,95 €. Sie sind zum Rückzahlungsbetrag bewertet, der dem Nominalwert entspricht.

C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an

1. Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder in Höhe von 66.614,79 € sind im Verhältnis zu den Beitrags-einnahmen in Höhe von 7.224.442,18 € äußerst niedrig.

II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Erstattungsansprüchen aus Hausnebenkosten.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

Unter dieser Position sind als Sachanlagen die Betriebs- und Geschäftsausstattungen einschließlich IT-Hardware und als Vorräte Büromaterial ausgewiesen.

Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen der Sachanlagen linear mit Nutzungsdauern, die anhand von amtlichen bzw. branchenüblichen Tabellen ermittelt wurden. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 800,00 € netto sind grundsätzlich als Aufwendungen behandelt worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 8.955.816,49 € ausgewiesen, (im Vorjahr 8.889.370,76 €) ausgewiesen, die erst am 1. Januar 2025 fällig geworden sind.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2024 entfallen, aber erst 2025 fällig werden.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Im Vorjahr wurden hier Agien für Namensschuldverschreibungen in Höhe des Betrages, um den die Anschaffungskosten den Nennwert überstiegen, aktiviert. Die Agien betrugen im Vorjahr 5.605,26 €.

Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2024

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Um- buchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	142	97	0	0	0	73	166
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.594	0	0	5.473	0	120	0
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	352.599	0	0	72.271	0	0	280.328
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	171.843	105.366	0	27.197	0	0	250.012
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	351.800	0	0	33.600	0	0	318.200
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	59.952	2	0	5.000	0	0	54.954
4. Einlagen bei Kreditinstituten	23.100	145.700	0	149.010	0	0	19.790
5. Summe B II.	959.294	251.068	0	287.078	0	0	923.284
Gesamtsumme	965.030	251.165	0	292.551	0	193	923.450

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG

Die Verlustrücklage beträgt unverändert 2.600.000,00 €.

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Position enthält nachrangige Schuldverschreibungen in Höhe von 9.000.000,00 € und Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 2.362.812,43 € für Zinsen auf diese nachrangigen Schuldverschreibungen, die für den Zeitraum September 2018 bis September 2024 angefallen wären. Die nachrangigen Schuldverschreibungen sind am 17. September 2024 ausgelaufen. Aufgrund des Eintritts des Nachrangfalls sind die nachrangigen Verbindlichkeiten für einen sehr langen Zeitraum (deutlich mehr als 5 Jahre) nicht zu zahlen, nämlich erst dann, wenn alle Ansprüche nicht nachrangiger Gläubiger, insbesondere der Versicherten, vollumfänglich befriedigt wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind diese Verbindlichkeiten zinslos (seit dem 17. September 2024) gestundet.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2025 entfallenden Beitragsanteile wurden nach den steuerlichen Vorschriften als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2024 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2023	952.289.012,00 €	34.035.690,00 €	918.253.322,00 €
Veränderung	-30.242.749,00 €	-4.113.465,30 €	-26.129.283,70 €
Stand am 31.12.2024	922.046.263,00 €	29.922.224,70 €	892.124.038,30 €

Entsprechend sind unter Passiva E Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 29.922.224,70 € (im Vorjahr 34.035.690,00 €) ausgewiesen.

Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung wurden folgende Rechnungszinssätze und Rechnungsgrundlagen verwendet:

Rechnungszinssätze

Für die Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) und für die Versicherungen nach dem „Tarif 2000“ ist der Rechnungszins auf 2,25 % für den Zeitraum der Jahre 2019 bis 2038 abgesenkt.

In den Tarifen des Neubestands (Tarife ab dem Jahr 2002) ist der Rechnungszins auf den aktuellen Referenzzins von 1,57 % (im Vorjahr 1,57 %) für die nächsten 15 Jahre gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung abgesenkt, sofern der tarifliche Rechnungszins über dem Referenzzins liegt (Zinszusatzreserve).

Die Tarife des Altbestands („Alter Tarif“ und „Tarif 2000“) machen wertmäßig ca. 84 % der Brutto-Deckungsrückstellung aus.

Übersicht über die Rechnungszinssätze

Tarif	Angebotszeitraum	Tariflicher Rechnungszins	Abgesenkter Rechnungszins
Alter Tarif (Altbestand)	1967–1996	3,50 %	2,25 % bis inkl. 2038
Tarif 2000 (Altbestand)	1997–2001	4,00 %	
Tarif 2000 plus	2002–2003	3,25 %	1,57 % für 15 Jahre (Zinszusatzreserve)
Tarif 04 plus, Tarif 2005	2004, 2005–2006	2,75 %	
Tarif 2007, Tarif 2008	2007, 2008–2011	2,25 %	
Tarif 2012, Tarif 2013	2012, 2013–2014	1,75 %	
Tarif 2015	2015–2016	1,25 %	Keine Absenkung
Tarif 2017	2017–2021	0,90 %	
Tarif 2022	seit 2022	0,25 %	

Bei den Risikoversicherungen sind die tariflichen Rechnungszinsen von 3,25 %, 2,75 % und 2,25 % abgesenkt auf den Referenzzins von 1,57 %. Es bestehen keine Risikoversicherungen mit anderen Rechnungszinssätzen.

Rechnungsgrundlagen der Tarife des Altbestands

Für die Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) beruhten die ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen, mit denen auch die Beiträge kalkuliert worden sind, bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten auf den *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten auf den *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer*.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgte ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wurde die Deckungsrückstellung seit dem Jahr 1999 schrittweise bis zum Jahr 2019 verstärkt. Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den Richttafeln 2005 G von K. Heubeck abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Dabei werden in den neuen Rechnungsgrundlagen eine weiter gehende Absenkung der Sterbewahrscheinlichkeiten und eine Anpassung der Trendannahmen angesetzt. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten der Basistafel werden demnach grundsätzlich 60 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 55 bis 80 Jahren – verwendet. Bei einem linearen Übergang der Modifikationssätze im Altersbereich von 80 bis 85 Jahren werden als Rentnersterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 85 Jahre 70 % der Richttafelwerte angenommen. Außerdem wird ein allgemeiner Sicherheitszuschlag eingerechnet.

Für den ab dem 1. Januar 1997 geltenden „Tarif 2000“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Seit dem Jahr 2019 werden die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20* ausschließlich zugrunde gelegt. Außerdem wird ein allgemeiner Sicherheitsaufschlag eingerechnet.

Die Rechnungsgrundlagen in den Geschäftsplänen werden regelmäßig auch aufgrund von statistischen Beobachtungen angepasst. Die letzte Anpassung wurde am 04.04.2025 von der Aufsichtsbehörde genehmigt.

Rechnungsgrundlagen der Tarife des Neubestands

Tarif	Sterbetafeln
Tarif 2000 plus, Tarif 04 plus	Ursprünglich: DAV 1994 R Umstellung auf DAV 2004 R-Bestand im Jahr 2004 und schrittweiser Übergang auf DAV 2004 R-B20 über 20 Jahre bis 2024
Tarif 2005, Tarif 2007, Tarif 2008, Tarif 2012	DAV 2004 R
Tarif 2013, Tarif 2015, Tarif 2017, Tarif 2022	DAV 2004 R als Grundlage für unternehmenseigene Unisex-Tafel
Risikoversicherungen	75 % der Sterbetafeln DAV 1994 T

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind überwiegend nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden.

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle – insbesondere Berufsunfähigkeitsfälle –, bei denen die abschließende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital, bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2023	9.503.557,33 €
Entnahme im Geschäftsjahr nach § 140 Absatz 1 Satz 2 VAG	9.443.442,73 €
Stand am 31.12.2024	60.114,60 €

Es handelt sich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile.

Die Entnahme aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erfolgte auf der Grundlage von § 140 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 VAG.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung enthält keine für die Zuteilung von Überschussanteilen festgelegten Teile und keine Teile eines Schlussüberschussanteilsfonds. Der gesamte Betrag der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist ungebunden.

In der Anlage zum Anhang ist der Vorschlag zur Überschussverwendung angegeben. Es ist keine Überschussbeteiligung vorgesehen.

D. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung gebildet. Die Pensionsrückstellung ist gemäß § 253 Abs. 2 HGB nach dem Teilwertverfahren mit einer Dynamik aufgrund einer angenommenen Inflationsrate von 2,5 % (im Vorjahr 2,5 %) versicherungsmathematisch berechnet worden.

Als Rechnungsgrundlagen wurden ein Rechnungszins von 1,90 % (im Vorjahr 1,82 %) und die Richttafeln 2018 G verwendet. Der Rechnungszins beruht auf dem anzuwendenden Abzinsungssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB, wobei er pauschal bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angesetzt worden ist.

Gemäß § 253 Abs. 6 HGB ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Jahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Jahren in jedem Geschäftsjahr zu ermitteln. Der Unterschiedsbetrag zur Pensionsrückstellung beträgt -9.323,00 €. Dieser unterliegt einer Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB.

II. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich im Wesentlichen um die voraussichtlichen Aufwendungen für eine nachträgliche Kaufpreisanpassung, den Jahresabschluss (Erstellung, Prüfung, Steuerberatung, Gestaltung und Veröffentlichung), die Interne Revision, den externen Datenschutzbeauftragten sowie für die Archivierung aufgrund von Aufbewahrungspflichten. Außerdem enthält diese Position Rückstellungen für Personalverpflichtungen, Rechtsberatungen, Depotgebühren und für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft.

E. Depotverbindlichkeiten

Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts an der Deckungsrückstellung (Position Passiva C II 2).

F. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

1. Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 87.913,77 € (im Vorjahr 252.118,77 €) ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 2.176.246,33 € (im Vorjahr 2.316.789,63 €) an der Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva C III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3 b RechVersV beträgt 931.763,68 € (im Vorjahr 1.187.214,52 €).

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Position enthält im Wesentlichen Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die vor dem Bilanzstichtag erbracht, aber noch nicht bezahlt wurden. Die Verbindlichkeiten aus Steuern belaufen sich auf 30.729,06 €. Im Vorjahr enthielt diese Position zusätzlich Zinsverbindlichkeiten für Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen in Höhe von 2.083.099,32 €, die mit Auslauf der Schuldverschreibungen im Geschäftsjahr 2024 nunmehr unter Position Passiva B. ausgewiesen werden.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2024	2023
Laufende Beiträge	7.037.380,18 €	8.263.881,01 €
Einmalbeiträge	187.062,00 €	243.348,00 €
Gebuchte Bruttobeiträge	7.224.442,18 €	8.507.229,01 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung.

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von -4.712.345,12 € (im Vorjahr -4.246.768,10 €) waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten. Dieser Betrag ergibt sich gemäß § 37 RechVersV aus den vertraglichen Rückversicherungsbeiträgen in Höhe von 1.452.387,88 € (im Vorjahr 1.717.770,90 €) vermindert um die vom Rückversicherer erhaltenen Portefeuille-Austrittsbeiträge von 6.164.733,00 € (im Vorjahr 5.982.539,00 €).

Dadurch erklärt sich der negative Betrag der abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von -4.712.345,12 €.

2. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2024	2023
a) Erträge aus Grundstücken	396.601,14 €	572.360,11 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	18.381.795,97 €	15.955.383,68 €
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.786.662,64 €	0,00 €
	20.565.059,75 €	16.527.743,79 €

3. Sonstige versicherungstechnische Erträge

Unter dieser Position wird die Entnahme aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gemäß § 140 Absatz 1 Satz 2 VAG (§ 16 Abs. 4 der Satzung) in Höhe von 9.443.442,73 € ausgewiesen (im Vorjahr 3.752.061,24 €).

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2024	2023
Laufende Renten	44.796.385,42 €	43.225.558,69 €
Rückvergütungen	207.148,00 €	12.961,40 €
Kapitalabfindungen	7.814.724,00 €	5.422.453,00 €
Regulierungsaufwendungen	589.220,73 €	570.162,58 €
	53.407.478,15 €	49.231.135,67 €
Anteile des Rückversicherers	434.051,62 €	-28.417,17 €
	52.973.426,53 €	49.259.552,84 €

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellung

Die Veränderung der Deckungsrückstellung setzt sich wie folgt zusammen:

	2024	2023
a) Bruttobetrag	-30.242.749,00 €	-24.980.610,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	-4.113.465,30 €	-3.700.850,00 €
Nettoveränderung	-26.129.283,70 €	-21.279.760,00 €

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen. Im Geschäftsjahr erfolgte wie im Vorjahr keine Zuführung aufgrund des Jahresfehlbetrages.

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2024	2023
a) Abschlussaufwendungen	0,00 €	0,00 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	1.640.091,67 €	1.840.978,63 €
	1.640.091,67 €	1.840.978,63 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 39.375,54 € (im Vorjahr 517.949,90 €) ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2024	2023
a) Aufwendungen für		
Grundstücke	213.862,63 €	291.557,37 €
Verwaltung von Kapitalanlagen	1.728.209,43 €	1.682.477,18 €
	1.942.072,06 €	1.974.034,55 €
b) Abschreibungen auf		
Grundstücke planmäßig	120.836,72 €	170.871,00 €
c) Verluste aus dem Abgang von		
Wertpapieren	8.823.274,76 €	357.301,04 €
Grundstücken	805.803,03 €	0,00 €
	9.629.077,79 €	357.301,04 €
	11.691.986,57 €	2.502.206,59 €

9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich im Wesentlichen um die rechnungsmäßigen Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft in Höhe von 1.160.220,75 € (im Vorjahr 1.305.569,60 €).

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

In dem Betrag sind Erträge aus einem Insolvenzverfahren in Höhe von 21.950,87 € enthalten.

2. Sonstige Aufwendungen

Die Position enthält Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 1.174.454,50 € (im Vorjahr 862.992,86 €). Dieser Betrag umfasst Aufwendungen für allgemeine und Rechtsberatung, Projektberatung, für den Aufsichtsrat, für die Vertreterversammlung, für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, für die Steuerberatung, für die Interne Revision, für den Informationssicherheitsbeauftragten, für den Datenschutzbeauftragten, für Archivierungskosten, sowie für Gebühren und Beiträge.

Außerdem sind in der Position Zinsaufwendungen in Höhe von 284.573,01 € für die nachrangigen Verbindlichkeiten einschließlich Auflösung des Disagios enthalten. Weitere Zinsaufwendungen betreffen den Zinsanteil von 18.063,00 € aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung.

3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 9.784,00 €.

4. Steuern von Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand besteht im Wesentlichen aus nicht erstattungsfähigen ausländischen Quellensteuern.

3.3 Weitere Angaben

3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können – mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 125 VAG) – sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2024 TsdEuro	2023 TsdEuro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	–	–
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	1.535	1.388
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	231	204
5. Aufwendungen für Altersversorgung	95	119
6. Aufwendungen insgesamt	1.862	1.711

3.3.3 Angaben zum Abschlussprüfer

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr ist bestellt:

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr beträgt ohne Umsatzsteuer 53.319,33 € und betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

3.3.4 Angaben zum Unternehmen

Angaben zum Unternehmen nach § 264 Abs. 1a HGB:

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung führt nach § 1 Abs. 1 ihrer Satzung den Namen „Deutsche Steuerberater-Versicherung – Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG –“.

Sie ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 210 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (§ 1 Abs. 2 der Satzung). Ob ein Versicherungsverein ein kleinerer Verein im Sinne von § 210 VAG ist, entscheidet gemäß § 210 Abs. 4 VAG die Aufsichtsbehörde.

Der Sitz des Unternehmens ist Bonn (§ 1 Abs. 3 der Satzung). Es ist geplant, in 2025 den Sitz nach Köln zu verlegen.

Die Satzung des Unternehmens ist von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als Aufsichtsbehörde genehmigt. Die letzte Änderung der Satzung wurde durch Verfügung vom 24.08.2023 genehmigt.

Das Unternehmen ist gemäß § 171 VAG dadurch rechtsfähig, dass ihm die Aufsichtsbehörde erlaubt hat, als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit Geschäfte zu betreiben. Der Umfang der Erlaubnis richtet sich nach der genehmigten Satzung. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hatte mit Bescheid vom 26. Februar 2020 die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb der Deutsche Steuerberater-Versicherung widerrufen. Der Bescheid ist zum 31.12.2021 bestandskräftig geworden.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung befindet sich damit seit dem 1. Januar 2022 in Abwicklung. Es wurde zum 1. Januar 2022 eine Liquidationseröffnungsbilanz erstellt und veröffentlicht. Der Liquidationsstatus hat keine Auswirkungen auf bestehende Versicherungsverträge. Der Entzug der Geschäftserlaubnis stellt faktisch eine endgültige Untersagung des Neugeschäfts dar. Bei bestehenden Versicherungen können die vertraglich fest vereinbarten Anpassungen weiterhin vorgenommen werden.

Die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 185 bis 187 VAG hinsichtlich der Anmeldung zum Handelsregister und der Eintragung ins Handelsregister gelten für kleinere Vereine im Sinne des § 210 VAG nicht. Dies beruht auf den Einschränkungen in § 210 Abs. 1 Satz 1 VAG.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung wird bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unter der Register-Nummer 2211 geführt.

3.3.5 Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat besteht aus:

Franz Bausch, StB, Freiburg	(Vorsitzender)	bis 19.06.2024
Prof. Dr. Uwe Schramm, StB, Ditzingen	(Vorsitzender ab 19.06.2024)	
Ulf Nolte, StB/WP, Hamburg	(stv. Vorsitzender ab 19.06.2024)	
Dr. Michael Bös, Köln		ab 19.06.2024

Der Vorstand besteht aus:

Dr. Christoph Zimmermann, Köln	Ressorts: Finanzen, Aktuariat, Risikomanagement, Betriebsorganisation
Arnd Münker, Solingen	Ressorts: Kapitalanlage, Mitgliederservice, Informations-Technologie, Interne Revision

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 108.000,00 € aufgewendet. Eine Angabe der Bezüge des Vorstands unterbleibt gem. § 286 Abs. 4 HGB, da die Nennung der Gesamtvergütung Rückschlüsse auf die individuelle Vergütung der Vorstände zuließe. Forderungen gegen Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

3.3.6 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr durchschnittlich zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 14 Arbeitnehmer, davon zwei Werkstudenten.

3.3.7 Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Die angekündigten US-Handelsbeschränkungen sowie die veränderte außenpolitische Ausrichtung der US-Regierung haben erhebliche Auswirkungen auf die globalen Kapitalmärkte gehabt. Die Kurse an den Aktienmärkten sind zum Teil erheblich gesunken, die Volatilität an den Kapitalmärkten allgemein hat zugenommen. Dies wirkt sich auf die Höhe der stillen Lasten in den Kapitalanlagen teilweise erheblich aus. Hinzu kommt, dass die volatilen Märkte auch eine mögliche Veräußerbarkeit von Vermögenswerten erschweren könnten. Die Kasse überwacht täglich – wie oben beschrieben – mit Unterstützung des beauftragten Asset Managers Ampega die Entwicklung des Kapitalanlageportfolios. Die Auswirkungen auf den Abschluss 31.12.2025 sind noch nicht abschätzbar. Es besteht aber das Risiko, dass die Entfaltung der Kapitalanlagestrategie mit geplant höheren Kapitalerträgen sich verzögert.

Bonn, den 22. April 2025

Der Vorstand

Dr. Christoph Zimmermann

Arnd Münker

4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)
im Geschäftsjahr 2024

	Anwärter		Invaliden- und Altersrente		
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	1.331	2.237	2.421	1.053	39.561.934,68
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	4	3	91	78	1.646.661,16
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	4	3	91	78	1.646.661,16
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	2	3	44	18	664.150,28
2. Beginn der Altersrente	89	75	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	1	2	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	–	–	–
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	39	57	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	3	6	–	–	–
7. sonstiger Abgang	–	–	–	–	33.003,60
8. gesamter Abgang	134	143	44	18	694.153,88
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres					
davon	1.201	2.097	2.468	1.113	40.514.441,96
1. beitragsfreie Anwartschaften	569	1.011			
2. in Rückdeckung gegeben	339	247	–	–	–

Hinterbliebenenrente						
Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten			
			Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro	
584	23	19	3.784.435,92	90.462,08	27.831,40	
31	5	2	212.108,20	34.563,68	2.361,72	
–	–	–	–	–	–	
31	5	2	212.108,20	34.563,68	2.361,72	
22	–	–	101.113,24	–	–	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
–	–	3	–	–	6.074,24	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	
22	–	3	101.113,24	–	6.074,24	
593	28	18	3.895.430,88	125.025,76	24.118,88	
–	–	–	–	–	–	

Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2024

A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	5	616.050,36
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	–	–
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	–	–	–	–
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	1	100.000,00
3. Storno	–	–	–	–
4. sonstiger Abgang	–	–	–	–
5. gesamter Abgang	–	–	1	100.000,00
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	–	–	4	516.050,36
Davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	1	16.050,36
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	3	350.000,00

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	6	1.492
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	5	1.200
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	4	672

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.

5 ANLAGE ZUM ANHANG

Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“),
 - a) die im Jahr 2025 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 0,0% der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt,
 - b) bei denen ein vorzeitiger Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 2009 und vor dem 1. Januar 2027 während der beitragspflichtigen Zeit eingetreten ist, werden im Jahr 2026 zusätzlich zu den versicherten Berufsunfähigkeitsleistungen bzw. den versicherten Hinterbliebenenleistungen keine laufenden Leistungszuschläge gezahlt, die auf Grundlage der durch die vorherige Überschussverwendung erreichten Erhöhung der Altersrente – jeweils mit dem entsprechenden Verhältnis der versicherten Leistung zur versicherten Altersrente – bestimmt würden; bei Berufsunfähigkeitsleistungen aus diesen Versicherungsfällen, die im Jahr 2026 aufgrund eines Beginns der Altersrente ablaufen, wird ab dem Beginn der Altersrente die vor Eintritt der Berufsunfähigkeit erreichte Erhöhung der Altersrente nicht zugrunde gelegt.
2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“,

soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

 - a) die im Dezember 2024 beitragspflichtig oder beitragsfrei waren,

wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,00% des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2024 vorgenommen,

wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,00% des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2024 zuzüglich 0% des für das Jahr 2024 gezahlten Beitrags vorgenommen,
 - b) die im Dezember 2024 im Rentenbezug waren,

werden mit Wirkung zum 1. Januar 2025 die laufenden Renten um 0,00% erhöht.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2025 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 0,0% der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.
3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“,

soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

 - a) die im Dezember 2024 beitragspflichtig oder beitragsfrei waren,

wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,00% des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2024 vorgenommen,

wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,00% des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2024 zuzüglich 0% des für das Jahr 2024 gezahlten Beitrags vorgenommen,
 - b) die im Dezember 2024 im Rentenbezug waren,

werden mit Wirkung zum 1. Januar 2025 die laufenden Renten um 0,00% erhöht.

4. Bei Versicherungen nach dem „[Tarif 04 plus](#)“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
- a) die im Dezember 2024 beitragspflichtig oder beitragsfrei waren, wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,00 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2024 vorgenommen, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,00 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2024 zuzüglich 0 % des für das Jahr 2024 gezahlten Beitrags vorgenommen,
 - b) die im Dezember 2024 im Rentenbezug waren, werden mit Wirkung zum 1. Januar 2025 die laufenden Renten um 0,00 % erhöht.
5. Bei den Versicherungen „[ds:Rente](#)“, „[ds:Rente Plus](#)“, „[ds:bAV](#)“, „[ds:Basis](#)“ und „[ds:Basisrente](#)“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
- a) die im Dezember 2024 beitragspflichtig oder beitragsfrei waren, wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von
0,00 % im „[Tarif 2005](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2012](#)“ und im „[Tarif 2013](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2015](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2017](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2022](#)“
des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2024 vorgenommen, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von
0,00 % im „[Tarif 2005](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2012](#)“ und im „[Tarif 2013](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2015](#)“ bzw.
0,00 % im „[Tarif 2017](#)“
des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2024 zuzüglich 0 % des für das Jahr 2024 gezahlten Beitrags vorgenommen,
 - b) die im Dezember 2024 im Rentenbezug waren, werden mit Wirkung zum 1. Januar 2025 die laufenden Renten
im „[Tarif 2005](#)“ um 0,00 % bzw.
im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ um 0,00 % bzw.
im „[Tarif 2012](#)“ und im „[Tarif 2013](#)“ um 0,00 % bzw.
im „[Tarif 2015](#)“ um 0,00 % bzw.
im „[Tarif 2017](#)“ um 0,00 % bzw.
im „[Tarif 2022](#)“ um 0,00 %
erhöht.

Die Versicherungen nach Buchstabe a erhalten bei Eintritt eines Leistungsfalles im Jahr 2026 eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 0 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung nach „[Tarif 2000](#)“, „[Tarif 2000 plus](#)“ oder „[Tarif 04 plus](#)“ – jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB – sowie bei den Versicherungen „[ds:BU](#)“
 - a) werden im Jahr 2026 für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 0 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet,
 - b) werden mit Wirkung zum 1. Januar 2025 die laufenden Berufsunfähigkeitsrenten um 0,00 % erhöht.
7. Bei Versicherungen nach „[Tarif RiBUZ](#)“ oder „[Tarif 04 RiBUZ](#)“ sowie bei den Versicherungen „[ds:RiBU](#)“
 - a) werden im Jahr 2026 für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 0 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet,
 - b) werden mit Wirkung zum 1. Januar 2025 die laufenden Berufsunfähigkeitsrenten um 0,00 % erhöht.
8. Bei Versicherungen nach den [unter Nummer 1 bis 5 genannten Tarifen](#), aus denen im Jahr 2025 Kapitalabfindungen, Altersrenten, Hinterbliebenenleistungen, Rückvergütungen oder Übertragungswerte gezahlt werden,

wird eine Zuteilung zur Beteiligung an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen vorgenommen, indem im Jahr 2025 zusätzlich zu den Versicherungsleistungen ein Bewertungsüberschussanteil von 0,00 % der Versicherungsleistung des Jahres 2025 gezahlt wird.

6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Deutsche Steuerberater-Versicherung

– Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG –, Bonn

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Steuerberater-Versicherung – Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG –, Bonn, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche Steuerberater-Versicherung – Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG – für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

*Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates
für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

*Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung
des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen

unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Düsseldorf, den 28. April 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack
Wirtschaftsprüfer

Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer

7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2024 war geprägt durch die positive Entwicklung der Aktienmärkte und die Umschichtungen der Kapitalanlagen zur Umsetzung der angepassten Kapitalanlagestrategie. Durch die Veräußerung von Wertpapieren mit Verlust und der Wiederanlage der Erlöse konnten zwar auf der einen Seite die Ertrags- und Liquiditätssituation verbessert werden, auf der anderen Seite ist hierdurch aber auch ein Fehlbetrag entstanden, der die vorhandenen Eigenmittel aufgebraucht hat. Durch die stillen Lasten aufgrund des mittlerweile verfestigten Zinsanstiegs und die aufgebrauchten nur noch geringen vorhandenen Eigenmittel ist der Handlungsspielraum der Pensionskasse stark eingeschränkt.

Performance und Risiken der Kapitalanlage sowie die Maßnahmen zur organisatorischen Weiterentwicklung der Pensionskasse stellten erneut die Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr dar.

ZUSAMMENARBEIT VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und den Verwaltungsanweisungen der BaFin übertragenen Aufgaben im Geschäftsjahr 2024 umfassend und sorgfältig wahrgenommen.

Er stand mit dem Vorstand bei der Leitung des Unternehmens in regelmäßigem Austausch und hat dessen Geschäftsführung kontinuierlich überwacht. Maßstab waren dabei die Recht-, Ordnungs- und Zweckmäßigkeit sowie die Wirtschaftlichkeit der getroffenen Entscheidungen.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend in schriftlicher sowie mündlicher Form unterrichtet. Auf diese Weise lagen dem Aufsichtsrat laufend Informationen über die Planung, die Geschäftsentwicklung, die Risikolage sowie das Risikomanagement vor.

SITZUNGEN UND BESCHLÜSSE DES AUFSICHTSRATES

Aufgrund der besonderen Situation der Deutschen Steuerberater-Versicherung hat sich der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2024 wie im Vorjahr eng und häufig beraten. Es wurden vier Aufsichtsratssitzungen mit dem Vorstand und acht Aufsichtsratssitzungen ohne den Vorstand abgehalten (teilweise per Videokonferenz). Daneben gab es regelmäßigen telefonischen Austausch zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand.

Die Anpassung der Kapitalanlagenstrategie an die geänderten Bedingungen am Kapitalmarkt und die Liquiditätssteuerung sowie die dafür notwendigen Maßnahmen der Kapitalstrukturanpassung waren inhaltlich der Schwerpunkt der Tätigkeit des Aufsichtsrates. Die Beratung bei den verschiedenen Projekten zur effizienteren Gestaltung der Betriebsabläufe sowie bei der Umsetzung der Anforderungen des Digital Operational Resilience Act (DORA) war eine weitere Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Weiter hat sich der Aufsichtsrat umfassend über die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems informiert. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig u.a. durch Vorlage von Portfolio- und Performance-Analysen und mit ergänzenden mündlichen Auskünften.

Auf diese Weise lagen dem Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah umfassende Unterlagen über die Messung, Kontrolle und Steuerung von insbesondere Markt-, Liquiditäts-, Konzentrations- und Kreditrisiken einschließlich der durchgeführten ALM-Studien vor.

Mit der 64. Vertreterversammlung endete die Amtszeit von Herrn Bausch, der nicht für eine weitere Amtszeit kandidiert hat. Damit ist Herr Bausch nach 16 Jahren im Aufsichtsrat, davon 12 Jahre als dessen Vorsitzender, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Herr Nolte wurde für vier Jahre in den

Aufsichtsrat einstimmig wiedergewählt. Um die Kompetenz des Aufsichtsrats zum Thema Kapitalanlage durch externes Know-How zu stärken, hat die 64. Vertreterversammlung Herrn Dr. Bös einstimmig in den Aufsichtsrat gewählt. Herr Dr. Bös verfügt als ehemaliger langjähriger Leiter des Bereichs Asset-Liability-Management der Münchener Rück Gruppe und ehemaliger Geschäftsführer der Munich-ERGO-Asset Management Gesellschaft über detailliertes Wissen zu den Themen Versicherungssteuerung und Kapitalanlage-Management.

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2024

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 wurden von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden umfassend über Verlauf und Ergebnisse der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht über diese Prüfungen hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde sowohl zum Jahresabschluss als auch zum Lagebericht der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verantwortliche Aktuar Mark Walddörfer hat an der Sitzung des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars billigend zur Kenntnis genommen. Der Verantwortliche Aktuar hat die versicherungsmathematische Bestätigung im Sinne von § 2 der Aktuar-Verordnung abgegeben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 eingehend geprüft und empfiehlt der Vertreterversammlung, den aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht festzustellen und zu genehmigen.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung hat der Aufsichtsrat zugestimmt und empfiehlt der Vertreterversammlung die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit außerordentlichem Engagement und Ausdauer auch im vergangenen Geschäftsjahr die Projekte und Veränderungen umgesetzt haben.

Bonn, den 28. April 2025



Prof. Dr. Uwe Schramm
Vorsitzender



Ulf Nolte
stv. Vorsitzender



Dr. Michael Bös



Prof. Dr.
Uwe Schramm
Vorsitzender



Ulf Nolte
Stv. Vorsitzender



Dr. Michael Bös

8 ORGANE

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Mitgliedervertreter:

Klaus Axmann, StB
Jutta Barth, StB
Peter Biegaj, StB/WP
Reinhard Bolender, StB/WP

Gerhard Christoph, StB/vBP

Dr. Joachim Dalmer, StB
Klaus Decker, StB
Wolfgang Dieterle, StB/vBP
Michael Fecht, StB/WP

Christian Frese, StB/vBP
Willi Führen, StB/vBP

Beate Gölz-Kälberer, StBin
Ernst-Dieter Grafe, StB/vBP
Michael Hagen, StB
Malte Kahl, StB

Jürgen Knatz, StB/WP/RB
Karl-Heinz Rausch, StB
Ute Sahm, StB

Carsten Schneider, StB

Prof. Dr. Hartmut Schwab, StB, vBP
Peter vom Stein, StB, vBP
Wolfgang Winter, StB
Stefanie Gräfin Wolff Metternich, StBin/FBISr

Wahlkreis:

Thüringen	bis 19.06.2024
Niedersachsen	bis 19.06.2024
Saarland	bis 19.06.2024
Hessen	
Nordbaden	bis 19.06.2024
Rheinland-Pfalz	
Saarland	ab 19.06.2024
Mecklenburg-Vorpommern	bis 19.06.2024
Bremen	bis 19.06.2024
Stuttgart	bis 19.06.2024
Südbaden	
Nordbaden	ab 19.06.2024
Schleswig-Holstein	bis 19.06.2024
Nürnberg	bis 19.06.2024
Sachsen	bis 19.06.2024
Stuttgart	ab 19.06.2024
Köln	† 02.04.2024
Sachsen-Anhalt	bis 19.06.2024
Hamburg	
Schleswig-Holstein	ab 19.06.2024
Westfalen-Lippe	
Nürnberg	ab 19.06.2024
Berlin	
Brandenburg	
Mecklenburg-Vorpommern	ab 19.06.2024
Sachsen	ab 19.06.2024
Sachsen-Anhalt	ab 19.06.2024
Thüringen	ab 19.06.2024
Bremen	ab 19.06.2024
Niedersachsen	ab 19.06.2024
München	ab 19.06.2024
Köln	ab 19.06.2024
Düsseldorf	
München	bis 19.06.2024

Aufsichtsrat:

Franz Bausch, StB, Freiburg (Vors.)	bis 19.06.2024
Prof. Dr. Uwe Schramm, StB, Ditzingen (Vors. ab 19.06.2024)	
Ulf Nolte, StB/WP, Hamburg (stv. Vors. ab 19.06.2024)	
Dr. Michael Bös, Köln	ab 19.06.2024

Vorstand:

Dr. rer. pol. Christoph Zimmermann, Köln
Arnd Münker, Solingen

9 VERANTWORTLICHER AKTUAR, TREUHÄNDER

Verantwortlicher Aktuar:

Mark Walddörfer, Gassner u. Partner, Stuttgart

Treuhänder:

Meinhard Otto, StB, Mettmann	Stellvertreter	bis 29.02.2024
	Treuhänder	ab 01.03.2024
Paul Weßling, Vorstand, Rommerskirchen	Stellvertreter	ab 01.03.2024

Deutsche Steuerberater-Versicherung
Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG

Breite Straße 42, 50667 Köln

Tel. 0221/88 84 95-0

E-Mail info@ds-versicherung.de

Internet www.ds-versicherung.de